

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,30 Mark, monatlich
1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,30 Mark pro Quartal, unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich
Ungarn 3 Mark, für das übrige
Ausland 3 Mark 50 Pf. Monat. Einget.
in der Post-Beilage-Preisliste
für 1895 unter Nr. 7138.

Forwörs

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 11. Juni 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Evangelisch-soziale Kongress.

Wiederum hat eine Zusammenkunft des sogenannten „Evangelisch-sozialen Kongresses“ stattgefunden. Es war die sechste und letzte war der Ort ihrer Tagung.

Gegründet wurde der Kongress im Jahre 1890, als die berühmten kaiserlichen Februarverträge erschienen waren (die aber bis heute noch zum größten Theil ihrer Erfüllung harren) und als das Sozialistengesetz so gründlich abgewirkt hatte, so daß wohl oder übel andere Wege eingeschlagen werden mußten, wenn anders man der Sozialdemokratie das Wasser abgraben wollte. Und unserer Partei das Wasser abzugraben, das war der vornehmste Zweck, als die Stöcker und Weber und Genossen an die Gründung des „Evangelisch-sozialen Kongresses“ gingen. Die Stöcker'sche „christlich-soziale Arbeiterpartei“ hatte niemals recht auf die Beine kommen wollen; so mußte man die von oben herab-
weisende sozialpolitische Strömung, die damals noch Erfolg zu versprechen schien, benutzen, um mit dem Evangelium in der Faust „christliche“ Arbeiterfreundlichkeit zu betreiben, — natürlich nur so weit, um die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse der Großbourgeoisie, der Monarchie und des Pfaffenthums, die man von der schon damals ständig zunehmenden Sozialdemokratie arg gefährdet glaubte, zu schützen und zu erhalten. Man mußte versuchen, das Proletariat zufrieden zu machen, es von der Sozialdemokratie ab- und zum Evangelium zurückzuführen; und zu diesem Zwecke war es unerlässlich nötig, auch einige sozialpolitische Forderungen in das Programm aufzunehmen. Von der „Forderung“ auf dem Papier des Programms bis zur energischen „Forderung“ in der praktischen Politik war dann ja noch ein weiter Weg, und ein noch weiterer bei unseren politischen Machtverhältnissen bis zur „Erfüllung“ der Forderungen.

So konnte man es denn ruhig wagen mit einigen beschreibenden Forderungen. Und in diesem Sinne brachten denn die Führer der Bewegung den ersten „Evangelisch-sozialen Kongress“ in Berlin im Jahre 1890 zusammen. Daß von Anfang an auch Leute vorhanden waren und bis zur Stunde vorhanden sind, denen es ernst war mit der Verwirklichung christlicher Sozialpolitik, soll nicht geleugnet werden; aber ihr Einfluß ist nicht entfernt im Stande gewesen, den Geist spezifischer Sozialistenbekämpfung aus den evangelisch-sozialen Reihen zu bannen.

Wie tödlich ist doch dieser Geist erst wieder zur Erscheinung gekommen bei den Verhandlungen des Gesamt-ausschusses der „evangelisch-sozialen Arbeitervereine“, die dem „Evangelisch-sozialen Kongress“ vorausgingen und welche „Arbeitervereine“ mit dem Kongress der Organisation, wie dem Zweck, wie dem Geist, wie den leitenden Persönlichkeiten nach vollständig identisch sind! Um alles in der Welt gern wollte man es durchgehen, daß als Zweck der evangelisch-sozialen Arbeitervereine aufgestellt werde „Kampf gegen die

Verlehen der Sozialdemokratie“. Und nur mit größter Mühe konnte es durchgesetzt werden, daß hinzugefügt wurde, „und gegen alle arbeiterfeindlichen Bestrebungen“. Die Stellung zur Sozialdemokratie beherrschte vollständig die Debatten des Ausschusses der evangelisch-sozialen Arbeitervereine und des „Evangelisch-sozialen Kongresses“, und es muß konstatiert werden, daß der Geist des „Entgegentretens“, der Sozialdemokratie nämlich, durchaus in der Majorität war, wenngleich sich auch einige Männer des „Entgegenkommens“ fanden.

Was die Verhandlungen des diesmaligen „Evangelisch-sozialen Kongresses“ speziell betrifft, so wurden im wesentlichen drei größere Vorträge gehalten. Ein naturwissenschaftlicher, ein sozialpolitischer im engeren Sinne und einer über die Frauenfrage. Den naturwissenschaftlichen hielt ein schweizerischer Professor der Theologie, Dr. Furrer. Er sprach über das Thema „Die moderne Naturwissenschaft und die soziale Bewegung der Gegenwart“. Der Vortrag hat in- und außerhalb des Kongresses sehr wenig befriedigt. Den naturwissenschaftlich Gebildeten war er zu mager und den Märgern zu legerlich. Und in der That war der Vortrag nicht gehalten und nicht gehalten. Der erste Theil war darwinistisch, der zweite bemühte sich zu beweisen, daß auch die Religion eine sehr schöne Sache wäre. In der sich anschließenden Diskussion fand Herr Pfarrer Naumann, daß es nur eine religiöse, niemals eine sozialdemokratische Ethik geben könne, — während es doch längst erwiesen ist, daß die Sittlichkeit nicht auf der Religion aufgebaut zu sein braucht, ja daß alle Morallehren ihre Ursache nicht in religiösen Lehren, sondern in sozialen Zuständen haben. — Altmeyer Stöcker vernahmte in dem Vortrag einen Hinweis auf den „persönlichen Schöpfer“, und ein anderes Wort hatte unangenehm an sein Ohr geschlagen, das von den „niedereren Völkern“. Nun, möge er; es ist gut, daß man heute nicht mehr auf „Stöcker'sche Naturwissenschaft“ angewiesen ist.

Darauf sprach der Geheimen Regierungsrath v. Massow, der sich auch durch ein christlich-soziales Buch bekannt gemacht hat, über „die sozialen Aufgaben des Staates als Arbeitgeber“. Er legte seinem Vortrage die folgenden Leitsätze zu grunde, die zwar sehr ansehnlich und ungenügend sind, aber einigen christlich-sozialen Herren doch noch zu radikal waren:

I. Der Staat darf, wenn er fiskalische Arbeit vergiebt oder Arbeiter selbst beschäftigt, nicht außer acht lassen, daß die Menschen, welche bei seinen Unternehmern und bei ihm selbst in Arbeit stehen, Söhne des Vaterlandes sind, die er mit großen Kosten und vieler Mühe heranzubilden beabsichtigt gewesen ist. Er hat deshalb die Pflicht, darauf zu achten, daß das, was Schule und Heer gepflanzt und entwickelt haben, nicht im späteren Arbeitsleben verkommen und verdorrt. II. Der Staat hat deshalb nicht nur für das materielle Gedeihen (menschenwürdige Wohnung, ausreichenden Lohn, angemessene Arbeitszeit u. s. w.), sondern auch für das sittliche Wohlbefinden seiner Arbeiter Sorge zu tragen, und sich nicht nur an den beschäffigten Bestrebungen

anderer (Arbeitgeber, Vereine u. s. w.) zu betheiligen sondern auf allen diesen Gebieten selbst maßgebend und vorbildlich voranzugehen. III. Der Staat hat als solcher und als der größte Arbeitgeber auch die Verpflichtung, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. — Wenigleich ein uneingeschränktes Recht auf Arbeit in dem Sinne, daß jedem auf Verlangen Arbeit gegen ausreichenden Lohn zu theil werden muß, nicht anerkannt werden kann, so muß es doch als die sittliche Pflicht eines geordneten Gemeinwesens erachtet werden, dahin zu wirken, daß jedem gegen seinen Willen arbeitslos Gewordenen und auf Erwerb seines Lebensunterhalts durch Arbeit Angewiesenen die Möglichkeit gewährt wird, sich ein beschäffigtes Obdach und die nothdürftige Tageskost gegen Arbeit ohne Baarlohn zu verdienen. Diese Wohlthat darf den unbescholtenen Arbeitslosen um so weniger versagt werden, da der Staat demjenigen, der die Strafgesehe übertritt, Obdach, Beschäftigung und Arbeit auf Staatskosten gewährt.

Den Glangpunkt der diesmaligen Tagung des Kongresses bildete die Aufwertung der Frauenfrage, über welches „weltgeschichtliche Ereignis“ im „Vorwärts“ schon berichtet worden ist. Eine Frau O n a u f aus Berlin sprach über „die soziale Lage der Frauen“, zum theil in ganz vernünftiger Weise; und diese Thatsache hat nun das grenzenlose Entzücken aller Evangelisch-Sozialen erweckt. Der liberale Theologe Professor Harnack aus Berlin, äußerte nach dem Referat:

Der heutige Tag ist nicht nur ein Freudentag für den Kongress, sondern auch ein Gedenktag für die evangelische Kirche. Denn was sich heute hier ereignet hat, ist nicht geschehen, so lange es eine evangelische Kirche giebt.

Und der berühmte Kathedersozialist Prof. Ab. Wagner meinte, wie schon berichtet, naiv:

Der heutige Tag ist auch epochenmachend für unser ganzes öffentliches Leben, denn er hat gezeigt, wie vorzüglich eine Frau die Frauenfrage behandeln kann.

Der Berichterstatter des „Volks“ aber geräth ob der Thatsache, daß eine Frau über die Frauenfrage gesprochen hat, in den heftigsten Enthusiasmus, der in folgenden Worten ausklingt:

In meinem allerdings noch nicht übermäßig langen Leben kann ich mich nur weniger Stunden erinnern, die dieser an die Seite gestellt werden konnten. Fieberhaft schlugen meine Pulse vor freudiger Erregung, sobald es ein rein physisches Bedürfnis war, der Erregung am Schlusse durch begeisterten Weisfall Ausdruck zu verschaffen. Es war der Triumph einer großen Idee, die Geburtsstunde einer neuen Bewegung, der man beizuwohnen durfte. Wie mir, ging es vielen anderen, und nicht bloß jungen Leuten, sondern erfahrenen Männern mit gereiftem Verstand.

Die „Leitsätze“, die diesem Vortrag der Frau O n a u f zu grunde lagen, und die gemeinsam mit dem Korreferenten Stöcker ausgearbeitet waren, sind folgende:

1. Die Frauenfrage, aus der modernen Entwicklung, besonders aus der Umgestaltung des sozialen und Erwerbslebens, sowie aus der Ausdehnung der dabei hervorgetretenen Mißstände entspringend, sucht Mittel zur Abstellung derselben behufs Gründung des Volkskörpers und der Volksseele. In ihrem Verlauf hat sie die gesamte Stellung der Frau im häuslichen und öffent-

Und dann kam ihm „das hübsche kleine Vieh“, die Dora, in den Sinn.

„Zwei Fliegen mit einer Klappe“, dachte er schmunzelnd und schritt über den Fahrdamm nach dem Ledner'schen Laden.

X.

Der Handschuhladen von Ludwig Immanuel Ledner erfreute sich bei der eleganten Herrenwelt von Berlin einer ganz besonderen Beliebtheit. Die Ledner'schen Artikel — neben Handschuhen und Kravatten auch alle sonstigen Bedarfsgegenstände, die zur leiblichen Ausrüstung eines wahrhaft noblen, der gemeinen Arbeit entrückten Erbgeborenen männlichen Geschlechts gehören — kamen nach dem übereinstimmenden Urtheil der Berliner goldenen Jugend an Güte den direkt von Paris bezogenen Erzeugnissen vollkommen gleich. Ganz besonders aber pries man in den Kreisen der jungen Welt die reizenden Verkäuferinnen, mit denen Ludwig Immanuel Ledner seinen Laden stets zu dekorieren wußte. Er verstand es meisterhaft, die hübschesten Mädchen in den bürgerlichen Stadttheilen da drüben hinter der Spree herauszufinden und der vornehmen Herrenwelt der Residenz zu präsentieren. Er machte glänzende Geschäfte mit Hilfe dieser frischen Mädchenblumen. Alte Erzählungen kamen eigens zu ihm, um sich von irgend einer dieser Schönen den Handschuh zu knöpfen zu lassen, und gaben um dieses bescheidenen Vergnügens willen gern für irgend einen Tand, den sie gar nicht einmal brauchten, ihren Thaler hin. Ein reicher junger Graf, der später unter Kuratel gestellt wurde, hatte durch ein ganzes Jahr jeden Tag ein Paar von den besten Glacehandschuhen gekauft, um nur mit der braunen Florieda, einer der berühmtesten Ledner'schen Schönheiten, ein paar Worte wechseln zu können.

Ludwig Immanuel Ledner hätte auch längst durch seine vornehmen Verbindungen den Postlieferantenittel, das

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Märztage.

34

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

„Gratulire, mein lieber Nefte“, versetzte die Gostdame mit verständnisvollem Lächeln — „für das weitere laß mich sorgen.“

Aber Agel war nicht der Mann, der sich auf einen einzigen Trumpf verließ. Der Gedanke, Hermann Reckberg zu denunczieren, wollte ihm nicht aus dem Sinn. Er fand es empörend, daß ein Offizier sich zu so gemeingefährlichen Grundfäden bekannte, wie Reckberg es gethan; nach Agel's Ueberzeugung konnte dem Angeber nur Lohn und Anerkennung erwarten. Nur war da ein peinlicher Umstand, der ihn noch zögern ließ: die Kameraden von der Linie, die in Berlin die militärischen Institute besuchten, hingen mit großer Liebe an den Artilleristen, und bei den Offizieren der Garde, die mit Geringschätzung auf jeden Mann von der Linie herabsahen, war Agel seiner Sache noch nicht ganz sicher. Jedenfalls konnte er bei diesem Spiel ebenso leicht verlieren, wie gewinnen.

Da wußte er sich etwas Besseres, Ausichtsvolleres: einen kleinen Putz in Berlin, mit einem blutigen Angriff auf den Böbel! Das war so etwas nach Herrn Agel's Herzen! Da würde sich auch für den simplen Linienlieutenant irgend eine Gelegenheit finden, seine heilige Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen und seinen Leuten mit dem Blute der Empörer zu färben. Und es mißte wirklich mit dem Teufel zugehen, wenn der Lieutenant v. Pilgram bei solcher Gelegenheit nicht bemerkt werden sollte.

So, wie er dieses plebejische Gefindel haßte, daß da behauptete, auch Mensch zu sein! Jawohl, Mensch, aber doch nur Mensch in dem Sinne, daß sie gut genug waren, dem wahren Menschen, dem Aristokraten, den Schmutz des Lebens vom Leibe zu halten, und — die Reize ihrer Töchter als schuldigen Tribut darzubringen. Für die Töchter des Volkes hatte Agel nun einmal eine ganz besondere Schwäche. Wenn er so an die kleine Verkäuferin Dora in dem Ledner'schen Handschuhladen dachte, dann war er nahe daran, um dieses hübschen Kindes willen dem Böbel seine Existenz zu vergeben.

O, wenn sie nur ein klein wenig Revolution machen wollten — welche Lust wäre es, im Blute der „Kanaille“ zu schwelgen und sich an den Küffen ihrer Töchter zu ergötzen! Mit der ganzen brutalen Verzweiflung des ruinierten Adelspröhlings, der die verwünschte Möglichkeit vor sich sieht, selbst in die große, breite Masse der „nichtsbedeutenden“ Existenzen hinabzusinken, klammerte er sich an die leise schimmernde Aussicht, sich auf dem Rücken dieses Volkes wieder zu den Höhen des Lebens empor zu schwingen.

Das Herz von Hoffnungen geschwellt, beschloß der vielversprechende Revolutionspekulant, sich zur Feier des Tages etwas ganz Besonderes anzuthun. Er begab sich in die Restauration des Hotel de Rome und bestellte ein außerordentliches Gabelbrühstück mit einer Flasche vom Westen. Mit der bedächtigen Lusternheit des einfam schmausenden Raubthieres genoss er das leckere Mahl. Dann bezahlte er seine Beche, nahm seinen Hut und begab sich von neuem auf die von der warmen Frühlingssonne beschienene Promenade.

Jetzt war's ihm recht behaglich zu Muth — bis auf das unbehagliche Gefühl, daß sein Beutel leer war. Aber auch dafür wußte sein lecker Lieutenantstümmling Rath.

„Ach was“, sagte er sich nach kurzer Ueberlegung, „wollen auf Freund Ledner Attade eröffnen. Kann nur höchst ehrenvoll sein für den Plebejer!“

lichen Leben einer grundsätzlichen Erörterung unterzogen. 2. Eine größere Anzahl von Frauen aller Stände, besonders der gebildeten, von der Erfüllung ihrer natürlichen Aufgabe ausgeschlossen, leidet an dem Mangel befriedigender Tätigkeit oder ausreichenden Erwerbes; die unabhängigen fordern deshalb mit recht pflichtmäßigen Lebensinhalt, die unversorgten genügenden Lebensunterhalt. Die unverheirateten Frauen der unteren Stände dagegen stehen durch ihre persönliche Beteiligung am Erwerbsleben vielfach in Gefahr, dem häuslichen Beruf zu entfremden zu werden. 3. Als ein geeigneter Weg zur Befriedigung dieser Schwierigkeiten kann die von einem Teil der Frauenbewegung, besonders im Auslande und in der Sozialdemokratie geforderte völlige soziale und politische Gleichstellung der beiden Geschlechter und die dadurch bedingte freie Konkurrenz auf allen Gebieten nicht angesehen werden. Vielmehr ist die Bewahrung und Ausbildung der durch Natur und Geschichte gegebenen Eigentümlichkeit von Mann und Weib die vornehmste Bedingung zur Lösung ihrer Kulturaufgaben; die beiden Geschlechter sind gleichwertig, nicht gleichartig. 4. Die Frauenfrage ist vorzugsweise eine Bildungsfrage und hat als solche gemäß den Anforderungen der Gegenwart neue Wege einzuschlagen. In höheren und unteren Ständen ist die Frau für die Stellung der Hausfrau besser vorbereitet. Zugleich ist — und zwar auch staatsrechtlich — Sorge zu tragen, daß unverheiratete Frauen in Fachschulen für pflegende und gewerbliche Tätigkeit, in höheren Schulen für den ärztlichen und Lehrberuf, darauf gründlich vorbereitet werden können. 5. Als wirtschaftliche Frage hat die Frauenfrage eine bessere Versorgung der Frauen zu erfordern, geeignete Berufsarten für dieselben zu pflegen, neue Erwerbsquellen aufzusuchen, Ueberlastung zu verhindern, dem Familienleben die Tätigkeit der Mutter zu erhalten. 6. Als soziale Frage hat die Frauenfrage die religiösen und sittlichen Kräfte der Frauenwelt für die Erneuerung der Gesellschaft im Einklang mit dem lebendigen Christentum richtig einzuordnen und zu stärken. Den Frauen sind gesellschaftliche Organisationen zum Zweck der Förderung ihrer Angelegenheiten zu gewähren. 7. Als Rechtsfrage soll die Frauenfrage, ohne den Emanzipationsgedanken zu dienen und die Einheit des christlichen Hauses wie des deutschen Familienlebens zu gefährden, die unverheiratete Frau vor dem Mißbrauch ihrer Arbeitskraft, die verheiratete vor dem Mißbrauch der eheherrlichen Gewalt wirksam zu schützen suchen. 8. Die Frauenfrage ist auch eine Männerfrage. Die Männer sollen durch freundliche Gründung des Familienlebens, durch geschäftliche Förderung des weiblichen Erwerbes, durch persönliche Anteilnahme an der Erhebung und Beförderung der weiblichen Stellung ihre Pflicht erfüllen. Dem Familienvater sollte bei der Abmessung der politischen Rechte wie der Steuern ein Vorzug zu gewähren sein.

Im Rahmen dieses Referats kann an diesen Auffassungen keine Kritik geübt werden; daß sie aber einerseits völlig schief, andererseits ganz ungenügend sind, weiß jeder, der sich auch nur einigermaßen mit der Frauenfrage beschäftigt hat. Und das ist das größte Ereignis in der evangelischen Christenheit seit Luther's Auftreten! Arme evangelische Christenheit!

Das waren die Verhandlungen des evangelisch-sozialen Kongresses. In dieser Weise hat man wieder einmal in „Arbeiterwohl“ gemacht. — Mögen sie nur ruhig weiter arbeiten. Wir wollen ihnen das Wasser nicht trüben, — aber sie werden es uns auch nicht trüben. Es wäre traurig, wenn die Arbeiter keine besseren und keine energischeren Vertreter ihrer Interessen hätten, als es die „Christen“ vom Evangelisch-sozialen Kongress sind. Zum größten Teil sind es Figuren, die mit ihrem christlichen Sozialismus bewußtmaßen die Geschäfte der bestehenden „Ordnung“ besorgen, zum kleineren Teil sind es Phantasten, die es für möglich halten, mit den Figuren im Bunde wirkliche Sozialpolitik zu treiben, und die, wenn sie es mit ihrem „Radikalismus“ zu arg treiben, einfach „abgesetzt“ werden, wie es zum Teil ja schon geschehen ist. Die einen können und die anderen wollen gar nicht wirklich helfen.

Summa summarum: Die Arbeiter müssen sozialdemokratisch bleiben, wenn sie, auch im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung, ihre Lage einigermaßen verbessern wollen, — und sie werden sozialdemokratisch bleiben. Und daß sie es bleiben werden, dafür zum Schluß noch das klassische Zeugnis der „Kreuzzeitung“, die von den Vertretern des Evangelisch-sozialen Kongresses „realpolitisch“ schreibt: „Wir sind realpolitisch genug angelegt, um zu glauben, daß der Wunsch auf Zurückgewinnung der Industriearbeiter ein ziemlich „frommer“ ist. Es kommt heutzutage wesentlich darauf an, die noch „gesund“ gebliebenen Volks-

erhabene Ziel seiner Wünsche, erlangt, wenn nicht vor einigen Jahren eine häßliche Geschichte passiert wäre, die auf lange Zeit hin seine Hoffnungen trüben sollte. Eine Rote von vornehmen Randies, größtenteils Gardeoffiziere, von denen der geringste den Freiherrntitel trug, hatte sich uneingeladen in eine geschlossene Bürgergesellschaft eingebracht und die harmlosen Teilnehmer derselben durch ihr unflätiges Benehmen im Tanzvergnügen gestört. Mit unglaublicher Rohheit hatten sie die anwesenden jungen Mädchen belästigt und ihre bürgerlichen Begleiter verhöhnt. Eine in dem Badener'schen Laden als Direktrice angestellte Dame war ganz besonders den Angriffen der adeligen Wüßlinge ausgesetzt gewesen. Als nun gar ein zu dieser Rote gehörender, bei Hofe sehr beliebter Prinz aus einem regierenden deutschen Hause sich erschreckte, dem Bräutigam dieser Dame ein Glas Wein über den Kopf zu gießen, da brach der Sturm des Unwillens unter den Herren der Gesellschaft los, und die adeligen Rüden machten die Bekanntschaft bürgerlicher Fäuste und hölzerner Stuhlbeine in so ausgiebiger Weise, daß den vornehmen Herren Hören und Sehen verging.

Der Skandal hatte in Berlin ein gewaltiges Aufsehen erregt. Der militärische Adel knirschte vor Wut über die Frechheit der bürgerlichen Kanaille, und die Schönen des Hofes jammerten über das zerbrochene Nasenbein des hübschen Prinzen, während die Berliner Bürgerschaft im stillen über die den Hochgeborenen ertheilte Bestrafung frohlockte. Eine scharfe Kluft zwischen den beiden Ständen hatte sich aufgethan, die sich mit den Jahren erweitern und die Gegensätze grell hervortreten lassen sollte.

Herr Badener, der seine Direktrice sofort entlassen hatte, war in dem Zeitungsbüro über den unerhörten Skandal mit Namen genannt worden, und das genigte, um ihn für längere Zeit bei seiner vornehmen Kundschaft in Ungnade fallen zu lassen. Allmählich war es ihm jedoch gelungen, die jungen Herren wieder heranzuziehen, wozu namentlich der Umstand wesentlich beitrug, daß er die Zahl seiner Namenseiten unter gleichzeitiger Herabsetzung ihrer Hungenlöhne nahezu verdoppelte und bei den Keckheiten, welche die „goldene Jugend“ sich gegen dieselben herausnahm, um mehr statt eines Lugs gleich alle beide zudrückte.

(Fortsetzung folgt.)

kreise, also im wesentlichen den ländlichen Kleinbauern- und Arbeiterstand, die treuegeliebten städtischen Handwerkerkreise vor der Infektion durch den sozialdemokratischen Bazillus zu schützen. Wenn wir das fertig bringen, haben wir mehr erreicht, als wenn wir dem Phantom nachjagen, wie die sozialdemokratischen Industriearbeiter zu befehren seien. Der Sperling in der Hand ist uns lieber als die Taube auf dem Dache. Gewiß soll der Staat auch für die Industriearbeiter sorgen, aber zunächst für die Stände, welche wirksam auf das Wohl des Landes bedacht sind: die Bauern und Handwerker. Die Aufgabe des Evangelisch-sozialen Kongresses erscheint uns heute nicht so wichtig, als die des Bundes der Landwirthe und der Handwerker-Vereinigungen. Das wichtigste ist, das Bestehende zu erhalten.

Und selbst damit scheint es schon bedenklich zu wackeln. —

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Paris, 7. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Die Frage des Achtstundentages hat nebst einem Theil des dritten fast den ganzen vierten Verhandlungstag in Anspruch genommen, dessen Präsident Genosse Bunte war. Wie auf allen früheren Kongressen waren es auch diesmal wieder die Delegirten der Grubenarbeiter von Durham und Northumberland, die sich wie der erste beste Hues Gupst gegen jede gefühlige Arbeitszeit ausgesprochen haben. Sie sind eben in der glücklichen Lage, einen 7 1/2 stündigen Arbeitstag zu haben und erklären sich darum gegen jede Staatsintervention. Ihnen zufolge ist die Selbsthilfe das probateste Mittel. Dabei vergessen sie aber regelmäßig anzugeben, daß, während sie bloß 7 1/2 Stunden arbeiten, die mit ihnen beschäftigten Jungen einen Arbeitstag von 9 und 10 Stunden haben, was ihnen indessen diesmal ziemlich scharf vorgehalten wurde. Wie bei allen Anpreisern der Selbsthilfe liegt auch ihnen Vorgehen ein gutes Stück Eigenmuth zu Grunde. Sie fürchten nämlich, daß, wenn das Gesetz einen achtstündigen Arbeitstag vorschreibt, sie um eine halbe Stunde länger zu arbeiten hätten.

In der Hoffnung, ihnen diese Furcht zu benehmen, erklärte B. a. l. y, der als erster das Wort zu diesem Punkt der Tagesordnung erhielt, daß der gefühlige Achtstundentag nicht bedeute, daß acht Stunden gearbeitet werden müsse, sondern nur, daß nicht mehr als acht Stunden gearbeitet werden dürfe, daß somit der Arbeitstag im Maximum um acht Stunden zu betragen habe. In diesem Sinne habe er auch in seinem in der Kammer eingebrachten diesbezüglichen Gesetzentwurf ausgesprochen, daß die tägliche Arbeitsdauer, Ein- und Ausfahrt inbegriffen, nicht acht Stunden „übersteigen“ dürfe. Bei dieser Gelegenheit weist er gleich nach, daß der von der Miners' Federation vorgelegte Antrag mit dem französischen insofern übereinstimmt, als beide den gefühligen Achtstundentag, Ein- und Ausfahrt inbegriffen, für alle unter Tage beschäftigten Bergarbeiter verlangen, nur daß der französische Antrag die über Tage beschäftigten Arbeiter mit einschließt, und er bittet, für denselben als einen Zusatzantrag zu stimmen, um ihn mit desto größerem Nachdruck in der Kammer vertheidigen zu können.

Abraham's unterstützt diesen Antrag. Wenn ich nicht irre, ist dies der erste Bergarbeiterkongress, wo ein englischer Delegirter dafür eintritt, daß der Achtstundentag ebensowohl für die über Tage wie unter Tage beschäftigten Arbeiter gelten soll. Und es hat in diesem Falle umso mehr Bedeutung, als der Delegirte der Grubenarbeiter von Südwales zugleich Mitglied des englischen Parlaments ist. Er hatte, sagte Abraham's, die Einbeziehung der über Tage beschäftigten Arbeiter für um so notwendiger, als immer mehr Landarbeiter dem Bergbau ausströmen, die zuerst über Tage zu arbeiten beginnen, um dann allmählich, wenn sie einige Kenntniss von der Bergarbeit haben, in die Grube zu steigen, wo sie dann nichts dagegen haben, ebenso lange wie über Tage zu arbeiten und so den eigentlichen Grubenarbeitern Konkurrenz machen. Durch einen gefühligen Achtstundentag auch für die über Tage beschäftigten Arbeiter würde diese Konkurrenz bedeutend geschwächt werden.

Cowen, Delegirter von Yorkhire, sagt, daß alle Trades Unions dafür seien, daß den Grubenarbeitern der Achtstundentag gegeben werde und hält es für geboten, von allen Parlamentskandidaten zu verlangen, daß sie den Achtstundentag in ihr Wahlprogramm aufnehmen. Man würde dann im nächsten Parlament eine Masse von sowohl liberalen wie konservativen Mitgliedern finden, die dafür eintreten würden. Nur meint er, daß die Ausdehnung des Achtstundentages auf die Arbeiter über Tage, das ganze Gesetz in Frage stellen würde, und er will darum, wenn er nicht das ganze Schwein haben kann, wenigstens die Vorsten haben.

Bailey (Nottingham) wendet sich besonders gegen die Delegirten von Durham und Northumberland. Wenn es mittels der gewerkschaftlichen Organisation viel leichter sei, den Achtstundentag zu verwirklichen und die Miners' Union gar so stark ist, wie kommt es dann, fragt er, daß sie den Achtstundentag nicht für die jungen Leute errungen haben, die dort 9 und 10 Stunden arbeiten. Sei aber für die Erwachsenen ein Achtstundentag auszuführen, so noch mehr für die jungen Leute, und er finde es sonderbar, daß, während selbst Grubenbesitzer im Parlament für den Achtstundentag stimmten — Robner tritt deren zwei — es Vertreter von Grubenarbeitern giebt, die dagegen gestimmt haben.

Boyle (Northumberland) und House (Durham) sprechen gegen die gefühlige Verkürzung der Arbeitszeit und gebrauchten dabei dieselben unzutreffenden Beweise, deren sich ihre Kollegen A. Young und John Johnson bereits auf dem Berliner Kongress bedient hatten. Wenn die Arbeiter, sagte dabei House, nur die Hälfte von dem für die gewerkschaftliche Entwicklung verwendet hätten, was sie in politischen Kämpfen vergeudet haben, dann hätten sie den Achtstundentag schon längst errungen.

Genosse Horn, der namens der deutschen Delegation sprach, ist in einer sehr wirksamen, besonders von den Franzosen und Belgiern mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede mit den Gegnern des gefühligen Achtstundentages sehr scharf ins Gericht gegangen, die ihm gleich den Waffen vorlämen, die heimlich Wunden trüben und öffentlich Wasser predigen. Es sei ihm die Hornesdröche ins Gesicht geflogen, als er die Argumente hörte, die gegen den gefühligen Achtstundentag ins Feld geführt wurden. Er finde es unemenschlich, während man selbst bloß 7 1/2 Stunden arbeite, die Jungen 9 und 10 Stunden arbeiten zu lassen. Er hoffe indessen, daß sie sich noch eines besseren besinnen werden und von ihrem bisher eingenommenen Standpunkt abgehen, weil sie sonst für gefährlicher gehalten werden müßten als die offenen Gegner, da sie als Vertreter von Arbeitern in Wirklichkeit nur dem Ausbeuterthum Vorkammdienste leisteten. Sie würden nur allzu sehr Wölfe in Schafspelzen gleichen. Er weist sodann nach, daß, wenn die deutschen Bergarbeiter nicht aus Solidaritätsgefühl, das sie mit den Arbeitern aller Länder verbindet, für den gefühligen Achtstundentag für alle innerhalb und außerhalb der Gruben beschäftigten Arbeiter eintreten, sie dies schon im eigenen Interesse thun müßten, da bei ihnen in Deutschland eine der Arbeitermaßregelungen darin bestehe, die Unterlag Arbeiter zur Ueberlagerung zu stellen. Ferner dürfe man nicht vergessen, in welcher Stellung sich die Gewerkschaften den Behörden gegenüber befinden und wie sehr sie allen möglichen Verfolgungen ausgesetzt sind. So sei es jüngst in Sachsen eine Grubenarbeitergewerkschaft behördlich aufgelöst und deren Rasse mit Beschlag belegt worden. Und da lehre man sich gegen die politische Thätigkeit der Arbeiter und wisse sie ausschließlich auf das gewerkschaftliche Gebiet, während es offen liegt, daß, sollen

die Arbeiter zu ihrem Rechte gelangen, die Erringung der politischen Macht ihre erste Aufgabe zu sein hat. Schließlich wendet er sich noch an die Vertreter der Miners' Federation und verlangt, daß sie sich in der Frage des Achtstundentages und Ueberlagerung nicht wie bisher neutral verhalten, sondern entweder für oder dagegen stimmen sollen. Und da sie sich bisher nicht berechtigt glaubten, dagegen zu stimmen, sollen sie nun dafür stimmen und so ihren kontinentalen Brüdern anstatt eines Fingers die ganze Hand reichen.

Als letzter Redner in dieser Frage erhält Stanley das Wort, der die Delegirten von Durham und Northumberland fragt, wozu sie, wenn sie bloß für die gewerkschaftliche und gegen die politische Aktion seien, dann eigentlich 3 Abgeordnete im Parlament zu sich hätten? Und wenn Boyle klagte, daß mit dem Achtstundentag die Landarbeiter noch mehr dem Bergbau zuströmen würden, so habe er darauf nur zu erwidern, wenn dies ein gar so großes Uebel sei, dann müßten sie nur dahin wirken, daß die Bergleute die längste Arbeitszeit und die kürzesten Löhne haben und die Zustimmung der Landarbeiter werde dann aufhören.

Es wird sodann zur Abstimmung geschritten, und zwar zuerst über den gefühligen Achtstundentag für alle unter Tage beschäftigten Arbeiter. Das Ergebnis ist, daß die deutschen, französischen und belgischen Delegirten einstimmig dafür und von den englischen Delegirten bloß die von Durham und Northumberland dagegen sind, d. h. 96 000 Stimmen gegen 872 000. Bei der Abstimmung über den Achtstundentag für die über Tage beschäftigten Bergarbeiter ist die Abstimmung die gleiche. Die Miners' Federation hat also diesmal dafür gestimmt, was mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, 10. Juni.

Antonienhütte war im verflossenen Jahre der Schauplatz von Unruhen der polnischen Bergarbeiterbevölkerung, welche zu wenig geschult ist, um die Handhabung des Versammlungsrechtes durch die Behörden zu verstehen. Zahlreiche Strafen wurden verhängt, die Arbeiter schafften sich zur Ruhe des Friedhofes, die großen Begebenheiten aber konnten ungestört weiter ausbreiten, sie hatten nichts mehr zu fürchten, denn die Inspektion der Bergbetriebe wird lange nicht so ernst genommen wie die Durchführung der Polizeibestimmungen über das Versammlungsrecht. Vielleicht wäre das umgekehrte das vortheilhaftere, dann würden so schreckliche Unglücksfälle, wie einer heute aus Antonienhütte gemeldet wird, leichter vermieden werden: Aus Antonienhütte meldet die „Breslauer Morgenzeitung“:

Die dem Grafen Hugo v. Siedel-Donnemarsk gehörende Steinkohlengrube „Zegen Gottes“ ist in Brand gerathen. Von 400, nach anderen Mittheilungen 500 und 600 eingefahrenen Bergleuten sind bisher 40 in Sicherheit gebracht worden.

Patriotismus und Dividenden. Unser Parteiporgan, die „Schwäbische Tagwacht“ schreibt:

Die vereinigten Köln-Mottweiler Pulverfabriken haben im Jahre 1894 so viel erübrigt, daß sie unter ihre Aktionäre 2 145 000 M. als Dividende vertheilen können. Die wenigen Herren des Aufsichtsraths und des Vorstandes, lauter Gegner der alles theilenden Sozialdemokratie, sind in der angenehmen Lage, weitere 318 812 M. unter sich zu vertheilen, während für den Pensions- und Unterstützungsfonds 60 000 M. übrig geblieben sind. Auch diesen zur Vertheilung gelangten großen Summen hat die Gesellschaft bis zum 31. Dezember 1894 den horrenden Betrag von 7 026 943,72 M. an Abschreibungen verrechnet. Angesichts solcher ohne Arbeit erzielten Einnahmen ist es begreiflich, daß diese Leute mit dem Bestand der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und mit jeder Vermehrung des Militarismus von ganzem Herzen einverstanden sind.

Diese Köln-Mottweiler Pulverfabriken haben sich vor Jahr und Tag zu einem einzigen Unternehmen vereinigt, das jetzt durch das Privilegium der Pulverfabrikation für die neuen Repetirgewehre und Geschütze das Deutsche Reich plündert und schröpft. Die gestellten Preise sind Monopolpreise und sind die größten Aktionäre sehr bekannte Persönlichkeiten, von denen auch mehrere im deutschen Reichstag sitzen und, wie sich von selbst versteht, die eifrigsten Vertheidiger jeder neuen Militärvorlage sind. Der Patriotismus unserer Bourgeoisie hat in der Regel einen sehr materiellen Hintergrund. —

Der Herzog von Rauenburg hat mit dem Bunde der Landwirthe am letzten Sonntag Freundschaftsverbindungen ausgetauscht. Daß der Erbschaftsminister dabei andere Register als am 1. April aufzog, versteht sich bei seiner Vielseitigkeit von selbst. Er bedachte die Minister mit einigen Liebeshändlichkeiten, die, wenn sie aus sozialdemokratischem Munde kämen, von einem oder dem andern Staatsanwalt eingehender Beachtung vielleicht für werth gefunden wären. Zur Beurtheilung Bismarck's sind folgende Sätze aus seiner Rede der Erwähnung werth:

Er könne seinen konservativen Fraktionsgenossen jetzt nur rathen, bei den Wahlen mehr als bisher auf die Vertretung der agrarischen Interessen zu sehen und nicht solche Abgeordnete zu wählen, deren Interessen in Berlin bei den Leuten ohne Halm und ohne Kr liegen. (Große Heiterkeit.) Auch werde er nie einem Kandidaten seine Stimme geben, der den Wunsch hege, Minister zu werden (große Heiterkeit), denn dann liegt dessen Interesse nur in der Gewinn und Verfolgung seiner Karriere. Er — Fürst Bismarck — würde sich auch die Frau des Kandidaten ansehen, die mit nach Berlin geht. Habe dieselbe ein Bedürfnis, in Berlin zu wohnen und dort eine gesellschaftliche Rolle zu spielen, so würde er den Mann auch nicht wählen. (Heiterkeit.) Wählen wir also keinen Streber“, so fuhr der Fürst fort, sondern Leute von unserm Stiche und Blut, die denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht. Halten wir fest an der Interessenvertretung, und sehen wir der Gesetzmacherei ohne Halm und Kr den Kriegsruf entgegen: Für Halm und für Kr! Wir müssen zusammenhalten gegen die Drohen, die uns regieren, aber nicht produzieren als Gehe, und das reicht nicht. Jeder Staatsminister müßte eine Domäne haben, von deren Ertrag er zu leben hätte (Große Heiterkeit), dann würde er mehr für die Landwirtschaft bedacht sein.“ Der Fürst schloß seine Rede mit einem Hoch auf den Kaiser, den größten Grundbesitzer, den berechtigten und verpflichteten Schutzherrn der Landwirtschaft und aller produktiven Schöffer.

Wenn ein feinerer Reichstagsler in so schroffer Weise den Interessenstandpunkt der kleinen Schicht der Großgrundbesitzer betont, ist es doch wahrlich erstaunlich, daß dieselben selbst die Stirne haben, den Arbeitern die Wahrung ihrer Klasseninteressen zu verweigern. Den Schein der politischen Moral halten unsere Gegner nun auch schon für einen

Augst. Die Vorkämpfer der Monarchie werden nun nach Bismarck's Rede den schönen Vers:

Und der König absolut,

Wenn er unseren Willen thut

künftig so zu variieren haben:

Hoch der König, wenn er thut

Was der Junker hält für gut.

Schwarze Listen von preussischen Polizeibehörden.

Einige Polizeibehörden antizipieren das von den beutegierigen Agrariern und Konjunkten lebhaft ersehnte neue Ausnahmengesetz. Der Zufall weht uns ein Formular auf den Redaktionstisch, nach dem diese Behörden Führungsatteste ausstellen. Das unter einem Ausnahmengesetz verfaßte gedruckte Formular lautet wörtlich:

Stadt-Polizeiverwaltung.

Führungs-Atteste.

Auf Grund amtlicher Ermittlungen wird auf Ansuchen behufs hierdurch stempelfrei bescheinigt, daß d . . . am 18 . . . zu Kreis Regierungsbezirk geborene in hiesiger Stadt sich aufgehalten hat seit Geburt

Ueber . . . Person und Führung ist Nachteiliges hier nicht zur Kenntnis gelangt, auch hat . . . nicht an sozialdemokratischen Bestrebungen theil genommen, bestraft ist . . . soweit hier bekannt geworden nicht.

Stadt-Polizeiverwaltung.

Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich, sagt die von den Beamten beschworene Verfassung. Sind Sozialdemokraten keine Bürger? Und wenn nicht: warum sind sie der Militärpflicht unterworfen, Herr von Koller?

Bei der Verathung des Justizgesetzes im württembergischen Landtag brühte der Berichterstatter Hauptmann den Wunsch aus, es möge die Oberstaatsanwaltschaft angewiesen werden, daß einem angeklagten Redakteur nur an seinem Wohnort der Prozeß zu machen sei und begründete diesen Wunsch damit, daß von Norden her sich eine andere Praxis ausgebildet habe. Der Justizminister Dr. v. Haber konnte sich aber für diese selbstverständliche Forderung nicht besonders erwärmen, sondern schloß sich den Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Reichsgerichts-Raths a. D. v. Gsch. an, welcher meinte, eine Verleumdung durch die Presse werde nicht nur am Erscheinungsort, sondern auch am Verbreitungsort angeklagt. Er (der Justizminister) nehme daher Abstand, die Staatsanwälte anzuweisen, ihre Klagen nur am Erscheinungsort anzubringen. Er erlasse immer nur ungern Weisungen an die Staatsanwaltschaft. — Damit wäre also der staatsanwaltschaftlichen Willkür durch ministerielle Erlaubnis Thür und Thor geöffnet.

Eine Wahlrechts-Demonstration, bei der auch Blut geflossen ist, wird aus Wien gemeldet. Da wir im Augenblicke ohne direkte Nachrichten sind, beschränken wir uns auf die Reproduktion der Depeschen.

Wolff's Bureau berichtet das folgende:

Sonntag Vormittag versammelten sich gegen 4000 Arbeiter in verschiedenen Gasthäusern des Praters. Im Gasthause zum Löwen wollte Abgeordneter Pernersdorfer eine Rede halten, das Lokal wurde jedoch durch die Polizei geräumt. Hierauf begaben sich die Arbeiter in ein anderes Wirthshaus, wo trotz des Verbots des Polizeikommissars die Ansprachen fortgesetzt werden sollten. Ein Agitator, der in demonstrative Rufe ausbrach, wurde von der Sicherheitswache verhaftet und zum Polizeikommissariat abgeführt. Unterwegs versuchten die Arbeiter, den Verhafteten zu befreien und bewarfen die berittenen Wachleute mit Steinen. Die Wachleute zerstreuten hierauf die Menge mit starker Klinge und drängten sie schrittweise aus dem Prater hinaus. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Arbeitergruppen zogen sodann in der Richtung gegen das Parlamentsgebäude weiter, um vor demselben Kundgebungen zu veranstalten. Die Polizei hielt jedoch das Gebäude besetzt und zerstreute die Menge.

Bei den Sonntag Nachmittag im Prater stattgehabten Arbeiterunruhen wurden 19 Personen verhaftet, welche dem Landesgerichte eingeliefert wurden. Es wurden 4 Wachleute, jedoch keine Arbeiter, verletzt.

Gerold's Bureau versendet die folgenden Depeschen:

Sonntag Vormittag haben sich trotz des polizeilichen Verbots, im Prater und an anderen Orten Arbeitermeetings abzuhalten, tausende von Arbeitern im Prater eingefunden. Die zahlreich ausgetretenen Polizeimannschaften forderten die Arbeiter zum Auseinandergehen auf, welchem Befehle jedoch nicht nachgegeben wurde. Bei einer abermaligen Aufforderung wurde die Polizei mit Steinwürfen und Stochblieben traktiert, und erst, als die Wachmannschaften mit aller Energie vorgingen, gelang es, die Arbeiter zu zerstreuen. Im Innern der Stadt fanden jedoch neue Ansammlungen statt, so daß es daselbst ebenfalls zu einem Rencontre zwischen den Demonstranten und der Polizei kam. Eine besonders zahlreiche Ansammlung fand vor dem Hause des Ministerpräsidenten statt; der Polizei aber ist es gelungen, die daselbst beschlossene Demonstration im Keime zu ersticken. Die Stadt befindet sich in nicht geringer Aufregung wegen der heute eventuell noch zu erwartenden Vorgänge. Um jede Demonstration zu verhindern, streifen starke Kavallerie-Patrouillen und Schutzeinheiten zu Fuß und zu Pferde durch die Straßen der Stadt.

Aus Wien wird heute ferner gemeldet:

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wies der Abg. Pacal auf die gefährliche Besetzung des Abgeordnetenhauses durch die Polizei hin und fragte, ob das Repräsentantenhaus zu einer Polizeivandalie gemacht werden solle. Der Präsident erwiderte, er wisse nichts davon, daß Wachmänner sich im Saale oder den Wandelgängen befunden hätten. Wichtig sei, daß eine große Anzahl Wachleute in der Nähe des Abgeordnetenhauses aufgestellt worden sei, um das Haus vor dem etwaigen Eindringen der Volk-menge zu schützen, was doch jedermann nur billigen könne. Die Vorführungen der Polizei müßten umfomehr Billigung finden, als erst kürzlich ein Fenster des Hauses durch einen Steinwurf zertrümmert worden sei. Der Abgeordnete Steiner wurde wegen seiner Zwischenrufe zur Ordnung gerufen. Darauf trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Das italienische Parlament ist versammelt, es wurde heute durch eine Thronrede eröffnet, die ganz das Gepräge crispienischen Geistes trägt. Die Bedeutung der Wahl ist gefälscht, die Finanzen werden günstiger dargelegt als sie sind, die das Volk bewegenden Fragen ignoriert, die Verletzung der Verfassung wird nicht einmal befähigt. Und die üblichen Phrasen fehlen nicht.

Wir haben aus denselben die folgenden Stellen hervor: Die Organisation der Finanzen wird nochmals den ersten und hauptsächlichsten Gegenstand der Verathung bilden. Die in der ersten Sessionsperiode eingebrachten und angenommenen Gesetzentwürfe hatten allerdings die Wirkung, daß der Staatskredit gehoben wurde, und trugen dazu bei, den Kassen zwischen den jährlichen Einnahmen und Ausgaben in wirksamer Weise zu verringern; allein die Befestigung des Budgets ist durch dieselben noch nicht vollkommen erzielt. Angesichts der Dringlichkeit ausreichender Abhilfe hat deshalb meine Regierung einige Verfügungen getroffen, welche unverzüglich die von ihrer sofortigen Anwendung erwarteten budgetären Erfolge über die Vorschläge hinaus ergen haben. Tiefe Verfügungen

wurden alsbald der Sanction des Parlaments unterbreitet, und werden Ihnen neuerdings vorgelegt werden, damit Sie über dieselben jenes Urtheil fällen, welches mit vollem Rechte Ihrer Autorität vorbehalten ist. Allein das wirkliche Gleichgewicht im Staatshaushalte wird nur dadurch hergestellt werden können, daß die Ausgaben in den engeren Grenzen gehalten werden, welche die unabwieslichen Bedürfnisse der verschiedenen Zweige des öffentlichen Dienstes noch erfordern können. Noch eine Verantwortlichkeit ruht in gleicher Weise auf allen Gutgefinnten, noch ein Werk giebt es, zu dem wir alle berufen sind, es ist die soziale Friede. Meine Regierung mußte diesen Frieden als Hüterin der Ordnung durch die Gewalt aufrecht halten; sie stimmt jedoch mit mir darin überein, daß der Anwendung der Gewalt die des Wohlwollens unter Mitbürgern vorzuziehen sei, und da den repressiven Maßregeln die Gnade gefolgt ist und in noch ausgedehnterem Maße folgen wird, sobald durch die wiederhergestellte Ordnung die Bürgerschaft auch der ohne Zwang erhaltenden Stabilität gegeben ist, so rechne ich darauf, daß ein wirksamer Einfluß auf die unbewußt Handelnden und die Irregulierten geübt werden wird durch die Gesehgebung, welche dem Grundsatz der Brüderlichkeit (H) unter den Menschen immer höhere thatsächliche Bedeutung zu bieten bestimmt ist; nach dieser Richtung wird auch die erste persönliche Sendung der Schule wirksam sein. Ich habe, wie Sie wissen, den Ruhm meiner Regierung in der Verbesserung des Loses der Bedürftigen gesucht.

Hierauf wird die Nothwendigkeit der Reform des Finanzwesens der Kommunen betont. Es heißt dann weiter in der Thronrede:

Gleichzeitig mit den erwähnten finanziellen Entwürfen werden Ihnen andere Vorschläge verschiedener Natur zugehen, die ich gleichfalls Ihrer Aufmerksamkeit empfehle. Die oberste Bürgerschaft jeder bürgerlichen Gesellschaft ist eine sichere, rasche, für alle gleiche und über allen stehende Justiz. Meine Regierung wird Ihnen schon einige Änderungen der zur Zeit in Kraft stehenden Gesetze vorschlagen, welche darauf abzielen, daß den Einrichtungen der Rechtspflege einen besseren Schutz der Privatrechte und der öffentlichen Ruhe sichern. Jeder Staatsbürger, auch wenn er ein hohes Amt bekleidet, soll berufen werden können, über seine Handlungen unter der Herrschaft des allgemein verbindlichen Gesetzes Rechenschaft abzulegen. Es liegt uns daher ob, und es werden Ihnen bezüglich Vorschläge zugehen, der Kompetenz der Gerichte nicht nur für die untergeordneten Rangstufen sondern auch durch in höheren Stadien des öffentlichen Dienstes stehende Personen begangene Handlungen klarer als bisher zu regeln.

Mit aufrichtiger Genugthuung konstatire ich die Thätigkeit der Verwaltungen, welche zwischen anderen Willern und uns, zwischen meiner Regierung und den auswärtigen Regierungen bestehen. Europa athmet Frieden auch durch unseren Willen, und kein Mißtrauen, kein Verdacht ruht mehr auf unseren Absichten.

Die Organisation der italienischen Besitzungen in Afrika, welche wir im Zusammenhange mit der Lage und den allgemeinen Interessen des Volkes betrachten, wird, so wie bisher auch weiterhin den Gegenstand der unermüdblichen Sorge meiner Regierung bilden. Weil entfernt, eine Politik der Abenteurer zu wagen, streben wir in Wirklichkeit danach, unseren Stellungen dauernde Sicherheit zu verschaffen; insbesondere werden unsere Bemühungen darauf gerichtet sein, allmählig die finanzielle Unabhängigkeit der Kolonie vom Mutterlande vorzubereiten.

Wir gehen der Feier des ersten Jubiläums Italiens im dritten Kom entgegen, jenem ewigen Rom, in welchem meinem Vater vergeblich war, die ungetrennbare nationale Einheit zu krönen.

Die „Vossische Zeitung“ wird jetzt viel zu thun bekommen, sie hatte bisher schon im Interesse der italienischen Renten und der an dem guten Kurse derselben sehr interessierten Deutschen Bank und aus Rücksicht auf Herrn Dr. Siemens mit einer bei ihrem Alter sonst ungewohnten Lebhaftigkeit tagaus tagein im Schweife ihres Angeichts, überreifer fast noch als das würdige „Berliner Tageblatt“ den Mohren Crispi reingewaschen und alle seine Gegner mit Noth zu bewerkeln gesucht. Sie findet für jede Beschuldigung gegen Crispi, die ihr bei einem konservativen deutschen Staatsmanne sehr belästigend erscheinen würden, tausend Entschuldigungsgründe. Sie giebt den Ordensschacher Crispi's zu, leugnet nicht seine Beziehungen mit Cornelius Herz, bestreitet nicht, daß er unter den Bonbonen Stellschacher getrieben hat, aber was bedeutet das alles gegenüber der Gefahr, daß die italienischen Renten um 10 pCt. zurückgehen könnten. Die „Vossische Zeitung“ weiß für alle diese Beschuldigungen Crispi's so warme Entschuldigungen, daß die ganze Behren- und Thiergartenstraße ihr Paul weiß. Aber sie thut auch ein übriges, sie wäscht Crispi nicht bloß rein, sie beschmutzt auch dessen Gegner Cavallotti ebenso wie die Sozialisten, sie beschuldigt diese an dem Attentate gegen den heute seinen Wunden erliegenden rhabalenen Deputirten Ferrari die Schuld zu tragen, obgleich es erwiesen ist, daß der Mörder ein Mazzinist, aber kein Sozialist war. Nun wird jeder Tag Beschuldigungen gegen Crispi bringen, die von der Tribune des italienischen Parlamentes ihren Weg ins Ausland machen werden, die etwa Crispi's Einzug herbeiführen könnten und da zittert alles, was sein Geld in italienischen Renten angelegt hat, da droht die Bilanz der Deutschen Bank zu leiden, da heißt es, alles daran setzen, die öffentliche Meinung zu beflügeln, da muß die würdige Tante Wof auf dem Posten stehen und alle Schandthaten Crispi's in herrliche Großthaten umbilden. Ein schweres Geschäft! Aber was thut man nicht alles für die Deutsche Bank!

Das neue Alexikale Schulgesetz in Belgien setzt die völlige Gleichheit der Klosterschulen und der Staatsschulen fest und weist die Hälfte des Schuletats den ersten zu. Der Unterrichtsminister Schollaert äußerte kürzlich vor seinen Wählern, man müsse die völlige Befestigung des staatlichen Schulwesens anstreben.

Die so stark sich entwickelnde belgische Sozialdemokratie wird schon das für sorgen, daß die Säume des Alexikalismus nicht allzu hoch anschwellen.

Rußland errichtet eine dauernde Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle.

Eine russische Kohlenstation in der Nähe des Nordostsee-Kanals soll auf der dänischen Insel Christiansø errichtet werden. Es handelt sich bei der geringen Entfernung russischer Kohlen wohl weniger um eine Kohlenstation als um einen strategischen Stützpunkt.

Die armenische Frage hat zu einer türkischen Ministerkrisis geführt. Von dem neuen Großvezir Said Pascha, der übrigens bis jetzt Minister des Auswärtigen war, gilt als sicher, daß er noch mehr unter russischem Einflusse steht wie sein Vorgänger.

Die „Daily News“ erhalten von ihrem Spezial-Korrespondenten aus Moskau über Kars vom 3. d. M. die nachfolgende Depesche: Die armenische Untersuchungskommission wurde am 31. Mai geschlossen. Die europäischen Delegirten waren

schließlich genöthigt, den türkischen Kommissaren zu erklären, daß sie nicht mehr mit ihnen zu thun haben könnten. Der Bericht, welchen die türkischen Kommissare vorlegen werden, werde lediglich ein Gewebe von Entstellungen sein; sie hätten ihre Unredlichkeit zur Schau getragen und offen Verletzungen und Einschüchterungen ausgeübt; ihr Vorgehen sei durch die höchste Stelle in Konstantinopel unterstützt und gutgeheißen worden.

Cubanisches. Einem in Jacksonville (Vereinigte Staaten) erscheinenden Blatte zufolge soll der britische Schooner „Mary Jane“ mit 500 Freibeutern an Bord letzten Mittwoch im Lau eines Schleppers von Key West nach Cuba abgegangen sein.

Der in New-York weilende Herausgeber einer Cubanischen Zeitung theilte mit, daß die von Key West abgegangenen Freibeuter ein Expeditionskorps von 250 Mann auf Cuba gelandet haben.

Auf Samoa dauern trotz der Interventionen der Mächte die Unruhen fort.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Ueber den Stand der sozialistischen Bewegung unter den Polen wird uns geschrieben: Troßdem die gegnerischen polnischen Zeitungen noch vor kurzem erklärt haben, daß bei den polnischen Arbeitern kein Feld für die sozialdemokratischen Lehren vorhanden sei, ist es doch in verhältnißmäßig kurzer Zeit, wenn auch unter sehr schwierigen Verhältnissen, der polnischen sozialdemokratischen Partei gelungen, Vereine in Berlin, Hamburg, Bremen, Rixdorf, Charlottenburg, Weissensee etc. ins Leben zu rufen, und es stehen noch mehrere solche Vereinigungen in Aussicht. So fand am 19. Mai in Frankfurt a. O. eine öffentliche Versammlung statt, in der die Statuten eines polnisch-sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins einstimmig angenommen wurden. In der Sitzung des Vereins am 26. Mai haben sich bereits 20 Personen als Mitglieder aufnehmen lassen. Auch im Posenischen und in Schlesien, wo die Behörden oft mit anderer Eile messen, als im übrigen Preußen, indem sie keinen sozialdemokratischen Verein dulden, weshalb dort ausnahmslos das Vertrauensmännersystem eingeführt ist, ist es gelungen, in einigen Orten, wie in Posen, Gnesen, Ostrowo, Inowrazlaw, Organisationen in Form von Vereinen zu gründen, wo den Mitgliedern polnisch-sozialdemokratische Schriften zum Studium dargeboten werden. Da es nicht möglich ist, in den polnischen Gegenden direkt, d. h. in öffentlichen Versammlungen, Vereinen etc. für unsere Ideen zu agitieren, so hat sich die polnische Partei entschlossen, ihr Hauptaugenmerk auf die in deutschen Gegenden weilenden polnischen Arbeiter zu legen. Sie hat damit sehr gute Resultate erzielt, denn so mancher hier nur zeitweise sich aufhaltende Pole hat schon heute in seiner Heimath das sozialdemokratische „Gist“ unter seinen Brüdern fleißig ausgebreitet. Nur Geduld und Ausdauer, und auch in dem finsternen Winkel wird Licht werden! Von Bedeutung für die polnische Agitation wäre es nun, wenn jeder deutsche Genosse, der Gelegenheit hat, mit einem polnischen Arbeiter zusammen zu arbeiten, diesen auf die polnischen sozialdemokratischen Vereine aufmerksam machen und ihn zum Beitritt veranlassen würde. Ferner sollte jeder Genosse den polnischen Arbeiter brüderlich behandeln und in ihm das Bewußtsein zu erwecken suchen, daß er nur durch Organisation für sich und seine Brüder in seiner Heimath ein erträgliches Loos herbeiführen kann und daß er sich dann nicht mehr genöthigt sehen wird, sich von Kapitalisten und Junkern als Kuli ausbeuten zu lassen. Auch wäre es am Platze, der polnisch-sozialdemokratischen Partei, die ihren Sitz in Berlin hat, bei ihrer Agitation hilfreich zur Hand zu gehen. Zu diesem Zwecke wäre nothwendig, daß sich die Vertrauenspersonen jener Kreise, wo es polnische Arbeiter giebt, mit polnischem Agitationsmaterial versehen, das jederzeit auf Verlangen die Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ in Berlin O., Andreadstr. 78a, in beliebiger Anzahl versendet.

Reichstags-Abgeordneter Liebknecht ist auf einer Agitationsreise im nördlichen Bayern begriffen. In Erlangen, Herßbrunn in der königlichen Schweiz und in Nürnberg hat er bereits Versammlungen abgehalten. Versammlungen in anderen Orten werden folgen und dem Sozialismus wiederum Zuwachs an Anhängern bringen.

Reichstags-Abgeordneter Gehrlich berichtete neulich wieder in seinem vögländischen Wahlkreise über die Thätigkeit des Reichstags. In Pabstleititz war die Versammlung aus vielen Orten des Voglandes besucht, selbst aus Böhmen und Bayern waren Leute herübergekommen. Auch in Pöschel sprach der genannte Redner vor vielen Zuhörern.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Dortmund ist Dr. Lütgenau aufgestellt.

Bei der Gemeinderathswahl in Sonneberg i. Th. wurde nach mehrjähriger Pause wieder ein Sozialdemokrat, und zwar der Parteigenosse Wehder, gewählt. Er bekam 380 Stimmen. Die drei anderen Kandidaten unserer Partei blieben mit 193, 220 und 255 Stimmen in der Minorität gegenüber den bürgerlichen, die 340 bis 379 Stimmen auf sich vereinigten.

Der Stuttgarter Liederkränz beharrt nun doch auf seinem früheren Beschluß, der Sozialdemokratie die Lokalisation der Liederhalle zur Benutzung zu verweigern, trotzdem der Oberbürgermeister sich eifrig bemüht hat, zu vermitteln. Die Stuttgarter Arbeiter werden deshalb im Laufe dieser Woche in einer Volksversammlung über weiter zu ergreifende Maßnahmen gegen die Liederhallen-Gesellschaft berathschlagen.

Todtenliste der Partei. In Bayreuth ist der Parteigenosse Christof Schreiner gestorben.

Polizeilich, Gerichtliches etc.

Gegen den Parteigenossen Schippel ist ein Prozeß anhängig, weil er im „Sozialdemokrat“ die Vorgesetzten der deutschen Armee beleidigt haben soll. Der Strafanzug ist vom preussischen Kriegsminister Kronsfeld v. Schellenborn namens der deutschen Armee gestellt. Der Prozeß sollte am gestrigen Montag in Berlin verhandelt werden. Da aber das Gericht bis zum Abend von einem Schließungsantrag-Prozeß in Anspruch genommen war, so wurde der Termin vertagt.

Redakteursfreuden. In allen gegen den Genossen Herbert in Stettin anhängigen Prozeßen ist jetzt schließend Termin anberaumt worden. Am 14. und 15. d. M. kommen vor dem Schöffengericht Privatklagen zur Verhandlung, zum 2. Juli ist vor dem Landgericht Termin anberaumt, um die Sache wegen angeblicher Verleumdung des Magdeburger Staatsanwalts Maizler, die schon drei Jahre lang schwebt und sorgsam im Auge behalten wurde, damit sie ja nicht verjähre, zu erledigen.

60 M. Geldstrafe hat der Parteigenosse Quib, Redakteur der „Zähringer Tribune“ in Erfurt, wegen Verleumdung des Amtsvorstehers Köller von Alvergehofen zu zahlen. Unser Genosse hatte eine Notiz der „Nordhäuser Zeitung“ abgedruckt, in welcher gesagt war, daß der Amtsvorsteher eine Prostituirten-feste vorgeschlagen hätte. Der Gerichtshof erachtete den Beweis im wesentlichen für erbracht, fand jedoch eine Verleumdung in der Behauptung, daß Köller eine reichliche Annahme versprochen hätte, während der Gerichtshof aus der Verhandlung die Überzeugung gewonnen hat, daß Köller dieses Versprechen nicht gegeben, vielmehr nur die Prostituirten habe abhalten wollen.

Sächsisches. Der Volksbildungs-Verein in Ober-Lungwitz ist aufgelöst worden, weil er als eine Fortsetzung des früheren aufgelösten Vereins angesehen wurde. Der Vorsteher des im vorigen Jahre aufgelösten Vereins soll in dem jetzt aufgelösten zweiten Vorsteher sein und Vorturner, derselbe

Gefangener soll da sein und dieselben Notenbücher: das sind, wie der Chemnitzer „Beobachter“ schreibt, die Gründe, die für die Auflösung angegeben waren. Gegen die Maßregel wird Beschwerde erhoben werden.

— In Buzen hatte das Schöffengericht den Redakteur Köhre wegen Beleidigung des Stadtraths Dr. Krippendorf zu 6 Wochen Freiheitsstrafe verurtheilt. Köhre's Berufung wurde vom Leipziger Landgericht zurückgewiesen. Aber auch die Staatsanwaltschaft hatte mit ihrer Berufung kein Glück. Sie wollte den Pressfäuler nicht weniger als 3 1/2 Monate ins Gefängniß gesetzt wissen und hatte dazu noch seine sofortige Verhaftung verlangt.

— Wegen eines in der „Nepřjava“ veröffentlichten Artikels über den Hoch-Mejó-Bajazetliker Sozialistenprozeß wurde in Budapest der Parteigenosse Hugo Großmann von den Geschworenen der Aufreizung zum Haß und der Verherrlichung von gerichtlich verurtheilten und von strafbaren Handlungen einstimmig schuldig erklärt, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis und 50 Gulden Geldstrafe verurtheilte.

— In Budapest hatte die Polizei eine zu Freitag angeordnete Versammlung, in der Stellung zu der Lördöf'schen Angelegenheit genommen werden sollte, untersagt. Dem Publikum war das Verbot unbekannt. Es fanden sich deshalb vor dem betreffenden Lokale viele Leute ein, um der Versammlung beizuwohnen. Zwischen ihnen und der zahlreich aufgedrötenen Polizei kam es nun durch die Schuld der letzteren zu Auftritten, wie sie in solchem Falle nicht nur in Ungarn vorkommen pflegen. Neun Arbeiter wurden dabei verhaftet; davon sind bereits 7 zu je 10 fl. oder einem Tag Arrest verurtheilt. Gegen die übrigen beiden soll wegen angeblicher Widersetzlichkeit gegen die Behörde ein extra hechnothwendiges Strafverfahren eingeleitet werden. Anstatt der 10 Versammlungen, die, wie schon früher gemeldet, am Sonntag in Sachen Lördöf's abgehalten werden sollten, haben nach einer Wollf'schen Depeche 8 stattgefunden und von diesen wurde eine aufgelöst.

Soziale Kleberlicht.

Durch die Beschäftigung billigerer russischer und galizischer Landarbeiter haben die eben „nothleidenden“ Agrarier Silesiens die Gefahr der Einschleppung der Cholera gesteigert. Ihre chevalereske Rücksichtslosigkeit hat sie natürlich nicht auf den Gedanken kommen lassen, selber dafür zu sorgen, daß bei dem Transport und der Unterbringung der fremden Arbeiter nichts versäumt werde, um die fürchterliche Seuche von Deutschland fernzuhalten. Vermuthlich aus diesem Grunde mag sich der Regierungspräsident von Potsdam veranlaßt gesehen haben, die ihm untergebenen Behörden darauf hinzuweisen, im Hinblick auf die Gefahr der Einschleppung der Cholera und der Entstehung anderer gefährlicher Krankheiten besondere Aufmerksamkeit den sanitären Verhältnissen bei dem Transporte und der Unterbringung der zugelassenen ausländischen Arbeiter zuzuwenden. Ueber die zufolge dieser Anordnungen von den Aufsichtsbehörden getroffenen Maßregeln, sowie über die Erfahrungen, die mit den ausländischen Arbeitern gemacht worden sind, soll dem Regierungspräsidenten bis zum 1. Dezember d. J. Bericht erstattet werden.

Einem lobenswerthen Beschluß hat die Amtshauptmannschaft Zwickau gefaßt, indem sie allen Gemeinden ihres Bezirks, die ein zum Baden geeignetes Gewässer besitzen, die Verpflichtung auferlegte, auf Gemeindekosten öffentliche Bädplätze einzurichten.

Ganz im Geiste des mecklenburgischen Feudalismus bewegt sich folgende Verordnung, die der Magistrat der mecklenburgischen Stadt Schwane erlassen hat: „Den Gesellen, Lehrlingen und Diensthoten ist das Betreten des Lindenbruchs sowie des Turnplatzes abends nach 9 Uhr an Wirtshäusern verboten“. Der Erlass dieses bürgerlichen Ausnahmegesetzes hat darin seinen Grund, daß die Anlagen des Lindenbruchs wiederholt von roher Hand beschädigt worden sind, u. a. sollen einige junge Bäume abgeschnitten worden sein. Für solchen Frevel, der leider auch in anderen Orten Deutschlands oft genug vorkommt, macht man in Schwane die Arbeiterschaft verantwortlich, gerade als ob die Bourgeoisie, namentlich deren „goldene Jugend“, so zweifelsohne wäre, daß man ihr die in die Höhe gehende Nichtwirdigkeit unmöglich zutrauen könnte.

Gewerkschaftliches.

Richtung Gutmacher Berlins! Wie uns aus Dresden mitgeteilt wird, befinden sich die dortigen Kollegen in größeren Lohn-differenzen mit den Fabrikanten. Um nun unseren Dresdener Kollegen zum Siege zu verhelfen, ersuchen wir alle in der Gut-branche Beschäftigten, dringend, den Zug nach Dresden fern ab halten und die durch Agenten in hiesigen Lokalblättern an-gebotene Arbeit unbeachtet zu lassen. Denn nur durch festes Zusammenhalten und Ausübung des Solidaritätsgefühls ist im Kampfe gegen das Kapital auf Erfolg zu rechnen.

Friedrichsfelde. Der Streik der Kostrmacher richtet sich zur Zeit nur noch gegen die Firma **Zwerner**. Der Inhaber derselben sucht auf jede Weise Ertrag für die Ausständigen heranzuziehen. Es ist also von seiten der Kollegen die größte Aufmerksamkeit erforderlich, wenn nicht die gerechte Sache der Streikenden gefährdet werden soll. Die im allgemeinen gute Haltung der Kollegen am Orte wird auch Zwerner gegenüber zum Siege führen, vorausgesetzt, daß Zugung unbedingt fern gehalten wird.

Aus Halle wird uns gemeldet, daß die Böttcher des Herrn Rudelt am Sonnabend einen vollständigen Sieg erringen hätten. Die übrigen Meister würden voraussichtlich auch bald bewilligen.

Der **Wagnerstreik** in **München** ist noch nicht beendet, wie gegnerische Blätter melden, sondern es hat erst die Hälfte der Meister die Arbeiterforderungen bewilligt. Der Zugung ist also noch wie vor ferngehalten. Ebenso von **Dachau** nach **München**. Die Nachricht der bürgerlichen Presse, daß der Streik zu Ende sei, war gleichfalls falsch. Es sind nur Verhandlungen angeknüpft, die hoffentlich günstig verlaufen, aber noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

In Würth streiken, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, 150 Arbeiter und 150 Arbeiterinnen des Komposition- und Schlagmetall-Gewerbes. Sie verlangen Erhöhung des Lohnes.

In Fürth haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Feinmetallblägereien die Arbeit eingestellt, um auf diese Weise eine Erhöhung ihres mageren Einkommens zu erreichen.

Die Metallfabriker Wiens haben ihre Forderungen in allen bis auf drei Punkten — die von Langhammer, Piffschaf und Natham — durchgesetzt, ohne daß in den übrigen Punkten ein Streit nötig gewesen wäre. Die Arbeiter der drei genannten Geschäfte haben die Arbeit niedergelegt, weshalb um Vermeidung des Ruins ersucht wird.

Kürschner- und Arbeiter werden ersucht, von der Pelzwaarenfabrik von Georg Szuchanek in Wien kein Engagement anzunehmen, da dort das ganze Personal wegen des Austretens des Werkführers gekündigt hat.

Ueber den Leipziger Maurerstreik, zu dessen vollständig siegreichem Ausgange nach wie vor strengste Vertheilung des Zuguges nöthig ist, wird berichtet, daß wieder 57 Maurer den Stundenlohn von 45 Pf. bewilligt bekommen haben und somit rund 660 Mann zu der neuen Bedingung arbeiten. Um die Erringung des Sieges zu erleichtern, sind ausser neuen 65 Ausständige abgereist, während durch Niederlegung der Arbeit in dem Vorort Paunsdorf 14 Mann zur Zahl der in Leipzig und Umgegend gebliebenen Streikenden hinzutamen. Gestern, am

Montag, wollten die Mitglieder des sogenannten „Arbeitgeber“-Bundes alle Bauspiele schließen, wenn die Streikenden nicht die Bedingung: 42 Pf. Minimal, 45 Pf. Maximallohn, annehmen würden. Ob die Unternehmer, nachdem die Streikenden am Sonnabend das Festhalten am 45 Pf. Stundenlohn beschlossen, ihren Beschluß ausgeführt haben oder nicht, darüber ist uns zur Stunde noch nichts bekannt. Heute Vormittag hielten die unabhängigen Maurer wieder eine Versammlung im Pantheon ab.

Heber den Postbeamtenstreik in Budapest berichtet der Telegraph, der Staatssekretär Boerös habe am Sonntag einer aus 30 Mann bestehenden Deputation der Postbeamten versprochen, den größten Theil der Forderungen der Ausständigen zu bewilligen. Der Dienst sei deshalb am Montag wieder aufgenommen worden.

Nach einer andern Depesche, die das Wolff'sche Bureau von einem „besonderen Korrespondenten“ bekam, soll der Streik dadurch beendet worden sein, daß den Zurückkehrenden Straflosigkeit zugesichert wurde und die Regierung versprach, die Beschwerdekraft einer Prüfung zu unterziehen.

Bemerkt sei noch, daß die Postverwaltung zum Erfah der Streikenden Postbedienstete aus der Provinz und Soldaten verwendet hatte.

Ueber die bisherige Lage der Budapester Briefträger theilt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit: Sie erhalten 25 fl. Monatsgehalt und die Kleidung vom Staat. Infolge des angestrengten Dienstes giebt es kaum Briefträger, die nicht husten und an Herzleiden leiden. Das Treppensteigen richtet sie eben zu grunde, dafür aber ist der Staat gewissenlos genug, die Armen weder gegen Krankheit noch gegen Invalidität zu schützen. Alle anderen Arbeiter müssen seit dem Jahre 1891 gegen Krankheit versichert sein. Wenn der Briefträger länger als ein Jahr krank ist, setzt ihn der Staat an die Luft. Die Kleiderlieferung durch den Staat hat auch einen Faken. Die Winterkleider erhalten sie gewöhnlich im Sommer, während die Sommerkleider im Winter vertheilt werden. Am 1. April sollten die Briefträger ihre Sommerkleider erhalten, jetzt ist anfangs Juni, und die armen Teufel laufen noch immer in Winterkleidern herum, die sie statt im November in der Regel erst im Februar erhalten.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß am Sonntag zwei große Versammlungen der Ziegelarbeiter den allgemeinen Streik unterstützten.

Gerichts-Beitrag.

Genosse Kuoll, der dieser Tage wegen seiner Schilderung des Eisbärenessens vom hiesigen Landgericht verurtheilte Präsumder, theilt uns mit, daß er mit Vornamen nicht, wie von uns gemeldet, Wilhelm, sondern Alexander heiße.

Die Frage nach der politischen Gesinnung vor Gericht. Durch Gerichtsbefehl war der Antrag des Verteidigers, einen Zeugen darüber zu befragen, „ob der Angeklagte Sozialdemokrat sei“, als unzulässig abgelehnt worden. Auf Revision hob das Reichsgericht das Urtheil der Vorinstanz auf. In den Gründen des Urtheils vom 18. September 1894 (Entscheidungen des R.-G. in Straff. Bd. XXVI S. 70) heist es: „Allerdings sind Zeugen im Strafverfahren, wie aus dem Zusammenhang der §§ 52 bis 54, 67—68 Str.-Pr.-O. hervorgeht, zunächst nur verpflichtet, über Thatfachen Auskunft zu geben, welche Gegenstand ihrer Wahrnehmungen gewesen sind, wobei es indes keinen Unterschied macht, ob sie die betreffenden Thatfachen unermittelt wahrgenommen oder mittels Benutzung eines Erfahrungssatzes erkannt haben. Streift es dagegen, ob und inwieweit Zeugen verpflichtet sind, auch Meinungen und Vermuthungen mitzutheilen, und ob ihnen dahin zielende Fragen überhaupt vorzulegen sind. Hieraus braucht indes nicht näher eingegangen zu werden, denn im vorliegenden Falle war von dem Verteidiger Auskunft über eine Thatfache verlangt. Aus welchem Grunde das Gericht hierin anderer Ansicht gewesen ist, läßt sich aus dem Beschlusse nicht ersehen. Es scheint, als ob das Gericht in der gestellten Frage ein Verlangen nach Auskunft über den Ruf des Angeklagten gefunden hat; allein einerseits hätte selbst dann die Ablehnung nicht erfolgen dürfen, und andererseits würde das Gericht von einer unzutreffenden Ansicht ausgegangen sein. Denn der Ruf, den eine Person genießt, ihr Leumund, ist eine Thatfache, deren Wissenschaft durch sinnliche Wahrnehmung (Hören) erlangt werden kann, so daß eine Frage hierüber zweifellos zulässig ist und beantwortet werden muß . . . und sobann ist die Zugehörigkeit einer Person zu einer politischen Partei ebenfalls eine Thatfache, und zwar eine solche, die an und für sich den Ruf der Person nicht berührt, wenn sie auch je nach den Beziehungen, welche in Frage stehen, bei der Beurtheilung dieser Person von erheblichem Interesse sein kann. Die vorgelegte Frage läßt sich mithin weder als ungeeignet, noch als nicht zur Sache gehörig ansehen, und daher verfißt der beanspruchte Beschluß gegen die §§ 239, 240 Strafprozeß-Ordnung . . .“

Die bekannte Strafsache gegen den Stadtverordneten Julius Niemer gelangte am Montag vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Angeklagt sind: der Kaufmann Julius Niemer, der Redakteur Ernst Grützeffien und der Redakteur Fritz Engel. Herr Niemer wird beschuldigt, durch eine am 14. März in der Stadtverordneten-Versammlung gehaltene Rede den Oberlehrer Dr. Evers, den Gymnasialdirektor Dr. Vogel und das Provinzial-Schulcollegium beleidigt zu haben. Herr Grützeffien hat am 15. März im „Berl. Tageblatt“ einen den Vorfall behandelnden Artikel unter dem Titel „Brünnenervergiftung“ veröffentlicht, Herr Engel wird wegen eines am 3. April veröffentlichten Artikels unter dem Titel „Napheal Goldschmidt“ zur Verantwortung gezogen. — Die Angeklagten werden durch die Rechtsanwälte Sachs, Mösse und Justizrath Kleinholz verteidigt. Bekanntlich hatte, als am 14. März in der Stadtverordneten-Versammlung der Etat der

Wieder in der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt von Gymnasien und Realgymnasien zur Beratung kam, das Wort ergriffen und ausgeführt, daß der Oberlehrer Dr. Evers von der Königsstädtischen Realschule seine Pflicht nicht erfülle. Derselbe gebe lateinischen Unterricht, habe aber von October bis Neujahr kein Extemporale schreiben lassen und von October bis Januar ein Exerzitium nicht corrigirt. Ferner habe Herr Dr. Evers im Geschichtsunterricht gesagt: „Die Juden dürfen dieselben Rechte haben wie die Christen, denn die Juden sind ein eingewandertes Volk.“ Der Redner hatte daran die Bemerkung geknüpft, daß auf diese Weise aus den Schulen Zuchtschulen für Antisemiten werden müßten. Ferner hatte Herr Niemer bemerkt: der Direktor Dr. Vogel habe einmal beim Unterricht in den oberen Klassen ausgeführt: in unserer Kirche mache sich jetzt eine Richtung breit, welche das Symbolum leugne; eine solche Richtung müßte aus der Kirche ausgeschlossen werden“. Herr Niemer begleitete diese Darlegung mit der Bemerkung: „Das ist nicht der Geist des Christenthums, sondern der Geist des Hasses.“ Schließlich wird Herrn Niemer noch zum Vorwurf gemacht, daß er in jener Rede gesagt habe: „eine Beschwerde beim Provinzial-Schulkollegium sei fruchtlos und habe gar keinen Zweck!“ — Der Angestellte Niemer giebt auf Verfragen des Vorstehenden zu, daß zwei seiner Söhne die Königsstädtische Realschule besucht haben. Im Jahre 1894 sei er zum Direktor Dr. Vogel gegangen und habe gefragt, ob es nicht angemessen sei, die Söhne, die nicht recht vorwärts kamen, lieber auf lateinlose Schule zu bringen. Dies wurde bejaht und die Söhne wurden ausgeschult. Der Vorstehende, Landgerichtsdirektor Voigt macht den Angestellten darauf aufmerksam, daß er bei dieser Gelegenheit dem Direktor noch gedankt und sein Wort von den angeblichen Verfehlungen des Dr. Evers gesagt habe. Der Angestellte giebt dies zu und meint, daß eine solche Klage beim Direktor seinen Zweck gehabt habe. Was die Bemerkung über das Provinzial-Schulkollegium betrifft,

zu habe er dieses keineswegs beabsichtigen wollen. — Der Präsident stellt aus dem Akten fest, daß Herr Niemer sich bei dem Provinzial-Schulcollegium vor 5 Jahren über den Oberlehrer Dr. Hentig wegen übergroßer Anwendung des Züchtigungsrechts beschwert habe. Er habe darin vom Provinzial-Schulcollegium recht bekommen, denn dieses habe Herrn Dr. Hentig, nachdem es ihm wegen Anwendung des Züchtigungsrechts mehrfach Rügen ertheilt hatte, das Züchtigungsrecht überhaupt entzogen und ihn in eine Strafe von 50 Mark genommen. Der Angeklagte Niemer erklärt, daß er vom Provinzial-Schulcollegium erst nach längerer Zeit überhaupt eine Antwort habe erhalten können. Die Schritte des Provinzial-Schulcollegiums haben Herrn Dr. Hentig noch keineswegs vom Hantieren abgehalten, er schlage vielmehr ruhig weiter und die Eltern schiden ihre Kinder mit Angst und Sorge in die Schule. Nur in diesem Sinne habe er seine Bemerkung über das Provinzial-Schulcollegium gemacht. Die behaupteten Bemerkungen des Dr. Evers über die Juden seien von diesem thatsächlich gemacht worden, ebenso die Bemerkungen des Direktors Dr. Vogel über die Leugner des Symbolums. Sein ältester Sohn sei wiederholt nach Hause gekommen und habe sich damit abgequält, daß Dr. Vogel ihm im Religionsunterricht so vieles anders sage als sein Prediger Prof. Scholz. Er seinerseits sei der Meinung, daß solche religiöse Streitfragen ebenso wenig wie die politischen in der Schule gehören und daß er als Vater zweier Schüler des Königl. hiesigen Realgymnasiums, sowie als Vertreter der Stadt unter dem Schutze des § 139 das habe sagen dürfen, was er gesagt hat. — In dem dem Angeklagten Grüttesien zur Last fallenden Artikel „Brunnenvergiftung, kommen Ausbrüche von „Gemüthsbrotheit“, „antifemistischer Agitator“ &c. vor. Angeklagter Grüttesien bemerkt, daß er für den Artikel nicht verantwortlich sei, weil er an jenen Tagen hauptsächlich an Versammlungen erkrankt, seine redaktionelle Thätigkeit aufgegeben hatte. Eventuell würde er bei geführtem Wahrheitsbeweise die gewählten Ausbrüche für berechtigt halten. — Angekl. Engel giebt zu, bei einer Vernehmung einer Erzählung „Naphael Goldschmidt“ darauf hingewiesen zu haben, daß die dort geschilderten Leiden eines jungen jüdischen Schülers auf einer höheren Lehranstalt und das daselbst enthaltene Bild eines antijemischen Eifersers leider der Wahrheit nicht entspreche, wie Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung erwiesen haben. Angeklagter Engel befreit, den Dr. Evers habe beliebigen zu wollen.

Aus der Zeugenvernehmung ist folgendes von Interesse: Auf Antrag der Verteidigung wird Dr. Vogel noch über den Fall Döntig befragt. Er selbst habe den Angeklagten Niemier aufgerufen, über die Mißhandlung seines Sohnes bei dem Provinzial-Schulkollegium Beschwerde zu führen. Dr. Döntig sei ein etwas nervöser Herr, der in bezug auf Anwendung des Züchtigungsrechts schon wiederholt zu Klagen Veranlassung gegeben hatte. Er habe deshalb gewünscht, daß diesem einmal eine ernste Warnung zu theil würde. Also gerade auf sein Bestreben sei dem Dr. Döntig die sehr empfindliche Disziplinarstrafe zu theil geworden und das Provinzial-Schulkollegium habe durchaus nichts verschli. Uebrigens sei die Mißhandlung nicht so ungeheuerlich gewesen, daß sie zur Amtsentlassung des Dr. Döntig hätte führen sollen. Der Knabe habe auch einige lutranstige Striemen gehabt, die in wenigen Tagen verschwunden waren. — Rechtsanwalt Sachs: So harmlos hat der Zeuge bei seiner Eingabe an das Provinzial-Schulkollegium die Mißhandlungen doch nicht dargestellt. Da hat er von der Häufigkeit der Auskretungen und von widerwärtigen Schimpfsworten gesprochen und betont, daß Dr. Döntig gegen ausdrücklich ihm ertheilte amtliche Befehle gehandelt habe. — Auch der Angeklagte Niemier und dessen Gfzrau behaupten, daß es sich um recht sarge Mißhandlungen gehandelt und Direktor Vogel dies seinerzeit auch anerkannt habe. — Zeuge Direktor Vogel: Er müsse bemerken, daß Dr. Döntig einer der vorzüglichsten Lehrer der Anstalt sei, der wegen seiner jovialen burschikosen Manier und wegen der ihm eigenen Art, die Dinge nicht so genau zu nehmen, von seinen Schülern hoch verehrt werde. — Einen wenig sympathischen Eindruck macht der alsdann als Zeuge vorgeworfene 15-jährige Wilhelm Marcus, der überhaupt selbstberuht auftritt und noch ehe ihm gefragt worden, worüber er sich äußern solle, behauptet: Dr. Overz habe einmal gesagt, „Ihr müßt aufpassen, wie der Teufel auf die Juden“. Die Äußerung, die er sofort seinem Vater mitgetheilt, sei in der Obergimnasia gefallen, er habe sie als Beleidigung des Judenthums aufgefaßt. Dr. Overz bestreitet mit aller Entschiedenheit, jemals eine derartige Äußerung gethan zu haben, und der Vorjehende hält es dem Zeugen als auffällig vor, daß er alles andere vergessen und nur jene Äußerung behalten haben will. Der Zeuge bleibt aber bei seiner Behauptung. — Ein Kaufmann Bernick erzählt: Sein Sohn habe beim Geschichtsunterricht in der Tertia einmal einen Vortrag über Friedrich den Großen halten müssen und als er dabei dessen freireligiöse Einrichtungen hervorhob, habe der Lehrer — er glaube, daß es Dr. Overz gewesen — zu dem Schüler gesagt: „Du quatschst ja auch schon wie Dein Alter!“ Er habe nämlich in den Versammlungen, die seinerzeit Dr. Overz mit Bismarck bei Wörmann abgehalten, einen entgegengesetzten politischen Standpunkt vertreten. Auch diese Beschuldigung weist Dr. G. mit Entrüstung zurück. Er kenne den Zeugen gar nicht und könne deshalb sich gar nicht in der behaupteten Weise geäußert haben. — Nach dem Zeugnisse eines 18-jährigen Zeugen Bernick soll Dr. G. einmal gesagt haben, daß die Invaliditäts-Gesetze der armen Bevölkerung zum Segen gereichen, die reichen Juden aber das Zukunftsommen der Gesetze verhindern wollten. Auf wiederholtes Vorhalten erklärt der Zeuge, daß er doch glaube, es sei von reichen Juden bei dieser Gelegenheit die Rede gewesen. — Dr. Overz erklärt, daß es seine Pflicht sei, die Schüler auch auf solche Erscheinungen, wie die Invaliditätsgesetze, hinzuweisen. Da habe er allerdings gesagt, daß dieselben ein Segen seien und es auffallend sei, daß gerade die Partei der Reute, für welche die Gesetze bestimmt seien, denselben feindlich gegenüberstehen. Von reichen Juden habe er dabei nicht gesprochen.

Nach Vernehmung zahlreicher Zeugen beantragte der Staatsanwalt die Labung verschiedener Zeugen, darunter des Prof. Heinrichs, mehrere Unterrichtsrauer und des Rabbiners Dr. Coner, um über die wirklichen Verhältnisse auf der Schule noch weiterhin Auskunft zu erteilen. Das von den Befragungszeugen entrostete Bild leide doch an starker Einseitigkeit. — Der Gerichtshof glaube, diesem Antrage entsprechen zu sollen und setze deshalb zur Fortsetzung der Verhandlungen Termin auf Freitag Mittag 1 Uhr an. Die sämtlichen Zeugen — auch die Familienangehörigen des Angeklagten Diemer — wurden vereidigt.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.
Aachen, 10. Juni. Die Nachricht von der Abreise des
Bruders Heinrich von dem Alexianerkloster Marienberg ist un-
beachtet.

Wien, 10. Juni. Nach authentischer Feststellung ist die Explosion im Johannisbachtal zu Karwin durch unvorsichtige Handhabung der Reihlane eines Häusers verursacht worden. Schwer verletzt wurden zwei Häuser.

Rom, 10. Juni. Bei der Eröffnung des Parlaments waren zahlreiche Senatoren und fast sämtliche Deputierte anwesend. Bei der Eidesleistung waren nur die Sozialisten abwesend, während auch mehrere radikale Deputierte, darunter Cavallotti, den Eid leisteten. Die feierzeit vom Kriegsgerichte verurtheilten Deputirten Bosco, Barbato und De Felice wurden nicht zur Eidesleistung aufgefordert, weil sie wegen ihrer Verurtheilung nicht wählbar sind.

Athen, 10. Juni. Das Kabinet hat seine Entlassung gegeben; der König beauftragte Theodore Delgannis mit der Neubildung des Kabinetts.

Tokales.

Unser Parteigenosse Zubeil ist von einem schweren Mißgeschick betroffen worden. Bereits einige Tage vor Pfingsten stellten sich bei ihm Krankheitserscheinungen ein, die von den Ärzten als Blinddarmentzündung diagnostiziert wurden. Das Leiden nahm derart zu, daß unser braver Genosse gestern in eine Heilanstalt gebracht werden mußte. Die Parteigenossenschaft wird mit uns den Wunsch hegen, daß Zubeil dort die gesuchte Heilung finden und bald wieder völlig zum Kampfe für die Sache des Proletariats, der er mit Eifer und Treue gedient, gerüstet sein möge.

In gunsten der Arbeiter-Bildungsschule wird am Donnerstag im Lokale von Keller, Kopenstr. 29, eine Versammlung abgehalten werden, in der Frau Maria Zettin über folgendes Thema referieren wird: „Was haben die römischen Frauen für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts getan?“ Auf diese Versammlung, wie auf die Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsschule überhaupt, seien die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins aufmerksam gemacht. In manchen von der Schule gepflegten Unterrichtsfächern wäre noch eine größere Schülerzahl erwünscht, den Parteigenossen, die sich in sozialwissenschaftlichen Gegenständen unterrichten wollen, ist Gelegenheit geboten, sich unter der Leitung von tüchtigen Lehrkräften heranzubilden. Wie der Vorstandsbericht des letzten Jahres darlegt, hat die Arbeiter-Bildungsschule wiederum einen Abschnitt arbeitsvoller Tätigkeit hinter sich; möge ihr Bestreben von den Parteigenossen lebhaft unterstützt werden, eingedenk des Spruches: Wissen ist Macht!

Achtung, Parteigenossen in Adlershof! Am nächsten Mittwoch, den 12. Juni, findet vormittags von 9 bis 10¹/₄ Uhr im Restaurant Leopold die Stichwahl zur Gemeindevertretung statt. Durch die Nachschichten der Gegner ist es den Arbeitern zum großen Teil unmöglich geworden, sich an der Hauptwahl zu beteiligen. Umso mehr erfordert es aber die Ehre der Parteigenossen, darauf acht zu geben, daß die bisher innegehabten Sitze bei der Stichwahl nicht wieder verloren gehen, und wir erwarten daher, daß die Arbeiterschaft unseres Ortes allen Hindernissen zum Trotz ihre Pflicht thun und unseren Kandidaten Hermann Schimanski und Ferdinand Wättner zum Siege verhelfen wird. Parteigenossen! Jede Arbeiterstimme ist wichtig, thut daher Mann für Mann eure Pflicht, damit das Ansehen der Partei in Adlershof erhalten und erhöht werde. Der Vertrauensmann.

In der am Freitag stattfindenden Volkszählung erläßt der Magistrat folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 8. April 1895 findet am 14. Juni d. J. eine Erhebung der Bevölkerungsverhältnisse der Bevölkerung des Deutschen Reiches, verbunden mit einer Erhebung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe statt.

Die persönliche Ausfertigung des Zählungsgeschäftes wird hier, wie bei den früheren Volkszählungen, durch Gemeindebeamte und andere zur Beihilfe bereite Einwohner als Zählungs-Revisoren (Zähler) bewirkt werden.

Wie zum 13. Juni mittags werden den Haushaltungs-Vorständen, sowie den Einzelnebenenden, welche eine besondere Wohnung inne haben, die Zählbogen, sowie die etwa erforderlichen Gewerbelisten zugestellt werden, welche nach Maßgabe der Anleitung gewissenhaft auszufüllen und vom 14. Juni mittags ab dem mit der Abholung und sofortigen Prüfung beauftragten Zähler eingehändigen sind.

Wir richten an die Einwohner Berlins mit Hinweisung auf den wichtigen Zweck die dringende Aufforderung, der genauen und vollständigen Ausfüllung der ihnen zugestellten Formulare die größte Sorgfalt zuzuwenden, auch den mit Ausführung des Zählungsgeschäftes beauftragten und sich legitimierenden Herren Zählern jede Auskunft zu erteilen, deren dieselben zur Erfüllung ihres Auftrages bedürfen.

Zu diesem Zwecke wohnt den Zählern die Eigenschaft öffentlicher Beamten bei.

Die Vorsteher der Haushaltungen, die Hauseigentümer bezw. Verwalter und Wirtshäuser ersuchen wir insbesondere, dem Zählungsgeschäft in jeder Weise förderlich zu sein.

Wie die gesammte Bürgerschaft die Zählung bei den früheren Volkszählungen durch freudiges Entgegenkommen wesentlich erleichtert hat, so dürfen wir auch diesmal auf gleiche Willfährigkeit und damit auch auf die gleiche glückliche Ausführung rechnen.

Wer die an ihn gerichteten Fragen gewissenhaft wahrheitswidrig beantwortet oder diejenigen Angaben zu machen sich weigert, welche ihm nach dem oben bezeichneten Reichsgesetz und den zur Ausführung desselben erlassenen und bekannt gemachten Vorschriften obliegen, unterliegt einer Geldstrafe bis zu 30 M. (§ 5 des Reichsgesetzes vom 8. April 1895.)

Von dem Rath, den die städtische Schuldeputation in gewissen Fällen an den Tag legt, giebt folgende Zeitungs-meldung Kunde:

Der Magistrat eines städtischen Rectors, der einer jüdischen Gemeindeführerin ausstillweise den Unterricht in der christlichen Religion übertrug, ist für die jüdischen Bekehrten vorgegangen. Auf eine Anfrage einer bereits seit einem halben Jahre als Hospitantin zugelassenen jüdischen Bekehrten ist dieser der folgende Bescheid ausgegangen: „Nachdem das königliche Provinzial-Schulcollegium angeordnet hat, daß die Verwendung jüdischer Lehrkräfte zur Ausfüllung auf diejenigen Fälle zu beschränken sei, in denen es sich um die Ertheilung des jüdischen Religionsunterrichts handelt, ist die Aussicht auf honorirte Beschäftigung im städtischen Dienst für Sie bis auf weiteres so gering geworden, daß wir Ihnen den Rath erteilen müssen, vom Hospitiren an den Gemeindeführern Abstand zu nehmen. Berlin, 6. Juni 1895. Die städtische Schuldeputation.“

Es wäre doch ein starkes Stück, wenn die „Massenfrage“ in der Schule fortan eine derartige Rolle spielen sollte. Öffentlich findet sich in der Stadtverordneten-Versammlung eine Gelegenheit, das Verhalten der Schuldeputation zur Sprache zu bringen.

Aus dem antisemitischen Lager. Das Germanenthum der beiden sich bekämpfenden Richtungen des „reinen“ Antisemitismus, der deutsch-sozialen und der freiheitlichen Gruppe, zeigt sich vorwiegend in der mehr als groben Art, mit der sich die feindseligen Brüder gegenseitig die Wahrheit sagen. Der Ton macht hier die Musik. Die Vorbeeren, welche die Ahtwardtschen mit ihrem jüngst ausgebreiteten, aus lauter bunten Lappen zusammengeklebten Programm zu ernten hoffen, lassen die Liebermanns nun nicht mehr schlafen: jetzt wollen sie durchaus auch so etwas wie ein Programm haben. Germane Ahtwardt begrüßt sie deshalb mit folgenden Schmeicheleinworten, die er in seinem „Volksrecht“ vom Stapel läßt: „Die deutsch-sozialen Reformpartei will nun auch endlich ihr eigenes Programm haben; die Wischnasch-Partei-Doktoren wollen mit einem neuen Papier-Einheits-Brei (!) dem kranken Mittelstande helfen, ob allerdings die Politik der kleinen Mittelstehen den weiteren Verfall aushalten wird, ist fraglich sehr zu bezweifeln. So wie die Verhältnisse bisher gediehen sind, können nur noch durchgreifende Reformen Rettung bringen. In solcher Erkenntnis werden sich jedoch die verzopften Zwillinge, Deutschsoziale und

Reformer, in ihrer rückwärtlichen Beschränktheit gleich ihrem konservativen Namensvetter nicht mehr emporringen können. Diese Quacksalber lüren solange an einem kranken Gliede herum, bis der ganze Volkskörper durchseucht ist.“ In diesem gemüthvollen Tone geht es weiter. Es ist begreiflich, daß den „Reformern“ vor der Programmberatung grant. Die einstige Leuchte ihrer bunt zusammengewürfelten Partei, der große Ahtwardt ist ihnen zuvorgekommen und hat alle die häßlichen Sachen, mit denen sie zu freßten gedachten, ihnen vor der Nase weggeschleppt und seinem modifizierten Bundeschuhprogramm einverleibt. Wie wenig die Ahtwardtianer übrigens auch die Bedeutung eines Parteiprogramms erfaßt haben, geht daraus hervor, daß sie einen wichtigen Paragraphen, der auf dem Parteitage angenommen wurde: „Daß der Bruch des Eheversprechens hart bestraft und den unehelichen Kindern volles Verrecht zugesichert werden soll“, gar nicht in das jetzt veröffentlichte neue Programm aufgenommen haben. — Herr Böckel hat sich von der Beratung des Parteiprogramms streng ferngehalten; wie Eingeweihte wissen wollen, will er sich nächsten von seinem Rumpfen Ahtwardt losmachen und auf eigene Faust eine ganz neue, wirklich und wahrhaftig radikale Antisemitenpartei gründen. — So steht's bei den Antis aus, die nach ihrer Versicherung einzig und allein im Stande sind, die Sozialdemokratie zu überwinden.

Von den Zuständen, welche sich beim Sonntagsverkehr auf der Stadt- und Ringbahn herausgebildet haben, giebt folgende Meldung ein anschauliches Bild: Als unbeschreiblich erwieß sich eine Anordnung, welche seitens der Stadt- und Ringbahn-Direktion probeweise am gestrigen Sonntag getroffen war. Die Stationsbeamten auf Bahnhof Grunewald waren angewiesen worden, am gestrigen Abend eine Ueberfüllung der Koupes in seinem Falle zuzulassen, resp. nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß nicht mehr als 10 Personen in einem Wagenabtheil Platz nahmen. Die strikte Durchführung dieser Ordre war aber nicht möglich; dieselbe wurde bei einem Juge bewertfelligt, hatte aber zur Folge, daß zwei nachfolgende Züge von den zurückgebliebenen Menschenmassen angefüllt, ja überfüllt wurden, so daß in jedem Koupé 16–20 Personen saßen und standen. Da die Probe nicht geglückt war, so mußten die Beamten dem üblichen sonntäglichen Massenandrang stattgeben, und es ging jede Uebersicht über die Zahl der Einsteigenden verloren.

Ohne Brunnen ist die Station Hohen-Neuendorf an der Nordbahn. Dieser Mangel macht sich namentlich gegenwärtig an Sonntagen empfindlich bemerkbar, wo hunderte von Ausflüglern an diesem Ort absteigen. Auf eine entsprechende Frage, die an den Stationsbeamten gerichtet war, erhielt ein Parteigenosse dieser Tage die tröstliche Auskunft, daß, trotzdem vor Jahren schon eine Verfassung vom Eisenbahnminister erlassen sei, wonach auf jedem Bahnhof ein leicht aufzubauender Brunnen vorhanden sein sollte, man in Hohen-Neuendorf immer noch vergeblich auf die Errichtung eines solchen warte. Ob man auch so faunfellig wäre, wenn Hohen-Neuendorf an der Potsdamer Bahn oder in sonst einer fashonablen Gegend läge?

Der Hildorfer Wochenmarkt, der an der Kreuzung der Berliner- und Bergstraße abgehalten und von vielen Berlinern, Händlern sowohl als Käufern, letztere namentlich aus der Gegend der Hasenheide, besucht wird, soll aufgehoben werden. Ein hierauf gerichteter Antrag ist in der Gemeinde-Vertretung eingebracht worden. Für das Hasenheide-Viertel dürfte übrigens eine Markthalle ein Bedürfnis sein.

Der Männergesangsverein Silaritas theilt uns zu der aus Pankow eingegangenen Meldung, wonach er sein Vergnügen in einem bonfottierten Lokal abgehalten habe, berichtend mit, daß er die betreffenden Räumlichkeiten nur auf einige Zeit zum Zwecke der Agitation besetzt habe; das Vergnügen selber sei in dem einzigen freien Lokal in Nieder-Schönhausen gefeiert worden.

Noblesse im Reiche des Herrn Thielen. Ungleiches Verhältnis besteht für die Beamten der verschiedenen Behörden bezüglich der militärischen Übungen. Die nicht sehr angestellten Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung z. B. erhalten für die Zeit, während sie üben, ihre Dienstbezüge unverändert weiter. Bei der Eisenbahnverwaltung dagegen verlieren die Beamten, die sich in der gleichen Lage befinden, ihre Bezüge gänzlich. Sie sind lediglich auf die Unterstufungen angewiesen, die ihre Familien nach den neueren gesetzlichen Bestimmungen allgemein erhalten. Diese Beamten werden durch eine solche Ungleichheit um so härter getroffen, als ein Landwehrmann bei der Übung mit der gewöhnlichen Soldatenlöhnung selbstverständlich nicht auskommen kann, also jeden Tag aus seiner Tasche zu legen muß.

Arbeiterisiko auf der Bahnstrecke. Todtgefahren wurde am Sonnabend Morgen der Hilfsbremsen Mannemann aus Berlin beim Rangiren eines Güterzuges auf dem Bahnhof in Klausdorf.

Bei den Kirchenbanten in der Hasenheide ist am vergangenen Freitag ein Mann schwer verunglückt. Der 37-jährige Arbeiter Hermann Eggert aus der Pankestraße Nr. 51a fiel etwa vier Stockwerke hoch vom Baugerüste herunter und erlitt einen schweren Bruch des Beckens. Der Verunglückte wurde in die königliche Klinik in der Ziegelstraße gebracht. Er lebt noch, und die Ärzte hoffen, ihn wieder herstellen zu können.

Aus Verzweiflung hat sich im Norden der Stadt ein junger Artist, Max H., der in der Vorfigstr. 32 wohnte, erschossen. Der Mann hatte bei einem Anfälle einen dauernden schweren Schaden an den Sprachorganen davongetragen und war seitdem vergeblich bemüht, eine Anstellung zu bekommen. Als ihm alles fehlschlug, und Aussicht auf Besserung des Leidens kaum noch vorhanden war, wurde er lebensüberdrüssig und griff am Sonnabend zum Revolver.

Mit zerschmettertem Schädel fanden in der Nacht vom Sonntag zum Montag Vorübergehende den Bildhauer Julius Pohl vor dem Hause Rosenerstr. 5 auf der Straße liegend auf. Pohl, ein Mann von 28 Jahren, wohnte in diesem Hause vier Treppen hoch. Nachbarn, welche die nach Hause kamen, wollten ihn spät abends noch bei offenem Fenster in einem nach der Straße gelegenen Zimmer sitzen gesehen haben. Gegen Mitternacht ist er dann aus dem Fenster auf den Bürgersteig herabgestürzt und auf der Stelle verstorben. Ob ein Selbstmord vorliegt oder ob der Bildhauer vielleicht in der Schlaftrunkenheit verunglückt ist, ließ sich nicht feststellen.

Unter lauem Knall plachte am Sonntag früh gegen 7¹/₂ Uhr ein Dampfstraßenbahnwagen, der nach dem Möllendorfsplatz fuhr, an der Ecke der Maschinenstraße und des Winterfeldplatzes das Siederrohr, das mit Wasser und Dampf gefüllt war. Im Nu war der ganze Wagen in Dampf gehüllt, jedoch er gar nicht mehr zu sehen war. Nachdem sich der Dampf verzogen hatte, sah man jedoch, daß alle Mitfahrer mit dem bloßen Schrecken davon gekommen waren. Die Erschütterung war so heftig gewesen, daß der im Zylinder vorn auf der Maschine vorrätig gehaltene Koffel in der ganzen Umgebung der Unfallstelle umhergestreut lag. Die Maschine mußte außer Betrieb gestellt und durch eine andere

ersetzt werden, nachdem ein folgender Straßenwagen sie nach dem Möllendorfsplatz gestoben hatte.

Auffehen erregt im Kottbusser Viertel die Verhaftung des Restaurateurs Lott wegen Sittlichkeitsverbrechen. Lott betrieb gemeinsam mit seinem Bruder seit Jahren am Kottbusser Damm, Ecke der Urbanstraße, ein Destillationsgeschäft und eine Schankwirtschaft. Der Bruder war vor kurzem erkrankt und hatte sich zur Erholung zunächst zu Verwandten nach Friedrichshagen und von dort zu seinen Eltern in die Provinz begeben. Dort ist er am Sonnabend früh gestorben. Bald nachher, am selben Nachmittag, wurde der heilige Bruder, ein Mann von 29 Jahren, von der Kriminalpolizei wegen Sittlichkeitsverbrechen festgenommen. Es wird ihm zur Last gelegt, sich mit der 13-jährigen Tochter eines Posamentiers M. aus Hildorf wiederholt vergangen zu haben. Lott suchte die Sache dadurch todt zu machen, daß er den Eltern des Kindes Geld anbot; diese wiesen jedoch das Anerbieten zurück und machten Anzeige.

Das Polizeipräsidium ist von einem neuen Todesfall betroffen worden. Der Chef der Schiffahrts-Polizei, Polizei-Hauptmann Schilling ist am Sonntag gestorben.

Ein sehr trauriger Unfall hat die Familie des Schuhmachers Hermann aus der Greifswalderstr. 37 betroffen. Als Frau H. am Sonntag Morgen um 7¹/₂ Uhr an das Bett trat, in dem ihre erst zwei Monate alten Zwillingstochter Martha und Clara schliefen, fand sie beide erstickt vor. Die Kleinen waren bis über die Köpfe in das Bett eingesunken und hatten gemeinsam, wie sie erst vor kurzem in das Leben eingetreten waren, es zur selben Zeit wieder verlassen. Die Kinder waren durch die Betten erstickt worden.

Eusfliche Folgen hatte für ein 6-jähriges Mädchen ein Unglücksfall, welcher sich gestern Nachmittag in der Prinzenstraße ereignete. Die 6-jährige Tochter der Kaufmann Hennig'schen Eheleute befand sich in Begleitung der Eltern auf einem Pferde-bahnwagen der Linke Demminerstraße-Koenigsberg, den sie an der Ecke der Prinzen- und Dresdenstraße verlassen wollten. Die Kleine eilte den Eltern voraus, sprang links von dem Perron auf das Nachbargelände, auf welchem ein Ringbahnwagen vorbeirollte. Die H. wurde zu Boden gerissen und die Hüder gingen dem Mädchen über den rechten Oberschenkel hinweg, der buchstäblich vom Körper abgetrennt wurde. Nachdem ein zufällig des Weges kommender Arzt durch Anlegung eines Nothverbandes die Gefahr einer Verblutung beseitigt, wurde das Kind nach dem Krankenhaus Bethanien überführt.

Gefährdet ist für Fuhrwerke und Reiter seit gestern die Grünstraße-Brücke.

Polizeibericht. Am 8. d. M. früh wurde in dem Keller eines Hauses in der Möllendorfsstraße ein Mann erhängt vorgefunden. Gegen Mittag erschoss sich ein Mann in seiner Wohnung, in der Vorfigstraße. — An der Ecke der Markgrafen- und Schützenstraße wurde ein Arbeiter und in der Linienstraße ein Mädchen überfahren und beide wurden erheblich verletzt. — Nachmittags wurde in der Nähe der Triftstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes aus dem Kanal gezogen. — In der Andreasstraße fiel ein vierjähriger Knabe aus dem offenen Küchenfenster auf den Hof hinaus und starb bald darauf an den erlittenen Verletzungen. — Am 9. d. M. morgens wurden die sieben Wochen alten Zwillingstochter eines in der Greifswalderstraße wohnhaften Handwerkers im Bett todt aufgefunden. Aufseiner sind sie zu dicht zugelegt gewesen und erstickt. — In der Prinzenstraße gerieth abends ein achtjähriges Mädchen beim Absteigen von einem Pferdebahnwagen unter die Pferde eines entgegenkommenden Pferdebahnwagens und wurde durch Austritte an beiden Beinen erheblich verletzt. — In der Nacht zum 10. d. M. stürzte sich ein Mann aus dem Fenster seiner im vierten Stockwerk in der Rosenerstraße gelegenen Wohnung auf den Bürgersteig hinab und fand auf der Stelle seinen Tod. — Auf dem Hofe eines Grundstücks in der Gebhardtstraße wurde ein Schuhmacher mit zwei Stichwunden in der Brust, die er sich mit einem Taschenmesser beibrachte, angetroffen und nach dem Krankenhaus gebracht. — Am 9. d. M. morgens brach in einer Werkstat in der Rosenerstraße Feuer aus, durch das werthvolle Bilder, Maschinen z. verbrannt wurden. Außerdem fanden am 8. und 9. d. M. 12 unerbliche Brände statt.

Witterungsübersicht vom 10. Juni 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1–12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C = 9/5 °F).
Swinemünde . .	760	S	2	heiter	19
Hamburg . . .	759	SW	1	wolkenlos	19
Berlin	759	ONO	3	heiter	22
Biesbaden . .	758	SW	—	halb bedeckt	18
München . . .	760	SW	5	halb bedeckt	16
Wien	759	SW	—	bedeckt	16
Paparauda . .	753	WSW	2	wolkenlos	13
Petersburg . .	756	W	1	heiter	16
Cort	766	N	5	halb bedeckt	14
Aberdin . . .	760	WSW	3	heiter	15
Paris	759	OSO	1	wolfig	18

Wetter-Prognose für Dienstag, 11. Juni 1895.

Sehr warmes und schwüles Wetter mit meistens nur schwachen südlichen Winden und zunehmender Bewölkung und Gewitterregen; nachher etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Verksammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer fand am Sonntag Vormittag in Cohn's Festsaal statt. Nachdem zum Vertrauensmann für den Norden Weiersdorf gewählt war, trat man in den Hauptgegenstand der Tagesordnung ein: Der Streik der Leipziger Maurer. Der Vorsitzende Fiedler hob in seinem Referat hervor, daß die Nothlage die Veranlassung zur Arbeitsniederlegung gewesen sei und daß eine Unterstützung der Leipziger Kollegen nach jeder Richtung hin um so mehr am Platze wäre, als Berlin nur große Vortheile von einem siegreich beendeten Kampfe haben könne. In der Diskussion pflichtete man dem Referenten durchweg bei; Mehle, Knappchen und Behrend traten lebhaft für ausreichend materielle Unterstützung der Streikenden ein und ermahnten die Anwesenden, unter allen Umständen für Fernhaltung des Zuges zu agitieren. Während beantragte, die im Beist der Vertrauensleute befindlichen flüssigen Gelder sofort nach Leipzig abzuführen und Listen für den Streik auf allen Warten zirkuliren zu lassen.

Nachgehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die öffentliche Versammlung der Maurer Berlins erklärt sich mit den streikenden Maurern Leipzigs solidarisch. Weiter giebt die Versammlung die Erklärung ab, jeden Streik, bei dem es sich

um eine Verbesserung oder um Verkürzung der Arbeitszeit handelt, moralisch und materiell zu unterstützen. Diese Unterstützung ist nur auf die für den Generalfonds der Berliner Maurer zuzurechnenden Beträge zu beschränken. Die Versammlung beschließt außerdem, 200 M. aus diesem Fonds sofort nach Leipzig abzusenden. Mehrte regte an, die Lohnfrage auch für Berlin einmal wieder zur Debatte zu stellen. Die Versammlung stimmte dem zu; die Vertrauensleute wurden beauftragt, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher die Frage einer Lohnbewegung diskutiert werden soll.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am Sonntag eine Versammlung ab, welche sich hauptsächlich mit den in verschiedenen Städten ausgebrochenen Streiks beschäftigte. Vor allem wurde der Leipziger Streik erörtert und beschlossen, zum Zwecke der Unterstützung Sammellisten auszugeben, und an sämtliche Kollegen, gleich, ob sie der Organisation angehören, oder ihr fern stehen, die Bitte zu richten, sich diese Listen spätestens am Donnerstag an den verschiedenen Hilfsstellen, sowie von der örtlichen Verwaltung abzuholen. Die gesammelten Gelder sind an den zweiten Hauptkassierer, August Lehmann, abzuliefern. Die Kollegen wurden aufgefordert, schnell zu helfen und zu bedenken, daß über kurz oder lang an sie selber die Pflicht heranträte, den Kampf anzunehmen.

Zum Schluß wurde angeregt, zum 17. d. M. eine öffentliche Kundgebung im Kaiserlichen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 87, abzuhalten.

Spandau. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung sämtlicher in den hiesigen königlichen Fabriken beschäftigten Arbeiter beschloß am Freitag den 31. Mai mit einem Antrage der Stadtverordneten der dritten Abtheilung, welcher dahin ging, den Magistrat zu ersuchen, beim Kriegsministerium Schritte zu thun, um die drohenden Massenentlassungen durch Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern.

Nach den Ausführungen des Referenten Stadtverordneten Schröder sind zur Zeit beschäftigt:

in der Artillerie-Verwerk:	ca. 870 Arbeiter
in der Gewehrfabrik:	1700 "
in der Munitionsfabrik:	1200 "
in der Feuerwerkslaboratorium:	870 "
in der Pulverfabrik:	1700 "
	465 "
Sammt:	6905 Arbeiter

Die Arbeitszeit beträgt gegenwärtig durchschnittlich 10 Stunden täglich.

Wie sehr die Zahl der in den königlichen Fabriken beschäftigten Arbeiter in den einzelnen Jahren schwankt, davon geben einige vorgebrachte Zahlen ein lehrreiches Bild. Darnach führt die Hälfte der beschäftigten Arbeiter ein wahres Wanderleben von einer Arbeitsstätte zur anderen. Um das doppelte und dreifache schwankt da in einem Jahre die Zahl der Arbeiter an, um im nächsten Jahre vielleicht bis unter die Hälfte zu sinken. Es waren beschäftigt:

In der Gewehrfabrik: 1885 ca. 1000, 1886 ca. 2200, 1887 ca. 1900, 1888 ca. 1200, 1889 ca. 1900, 1890 ca. 3000, 1891 ca. 1300, 1892 ca. 900, 1893 ca. 1100, 1894 ca. 1800 Arbeiter.

In der Artillerie-Verwerk: 1. April 1888 1588, 1. April 1889 1824, 1. April 1890 788, 1. April 1891 1006, 1. April 1892 907, 1. April 1893 1316, 1. April 1894 620, 25. Mai 1895 870 Arbeiter.

In der Munitionsfabrik hat die Anzahl der weiblichen Arbeiter zugenommen von ca. 600 im Jahre 1878 bis zu ca. 2000 im Jahre 1894. Es sind dort jetzt beschäftigt bei ca. 870 männlichen ca. 2500 weibliche Arbeiter. Seit 1894 sind bis jetzt insgesamt in allen Fabriken entlassen resp. gekündigt ca. 1100 männliche Arbeiter.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit um nur 1 Stunde würde sämtliche Kündigungen unnötig machen und eine Verkürzung um 2 1/2 Stunden allen schon Entlassenen wieder Arbeit und Verdienst verschaffen.

Verkürzung der Arbeitszeit fanden in einzelnen Fabriken früher schon statt. So wurde in der Gewehrfabrik die tägliche Arbeitszeit herabgesetzt im Jahre 1888 auf 7 Stunden, im Jahre 1891 auf 6, 6 und 7 Stunden, um, wenn wieder reichliche Bestellungen

eintrafen, auf die alte Höhe zurückgeführt zu werden. Warum soll denn jetzt also nicht die Arbeiter ihren Mitarbeitern zur Liebe für eine allgemeine Verkürzung in allen Fabriken eintreten, abgesehen von allen sonstigen Vorteilen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit mit sich bringt.

In solchen Branchen, die ununterbrochenen Betrieb erforderten, könnten ebenfalls durch Einführung des dreimaligen Schichtwechsels von je 8 Stunden an Stelle des jetzigen zweimaligen Schichtwechsels von je 12 Stunden Verbesserungen herbeigeführt werden.

Seit Jahresfrist schon ist in den englischen Marine-Werksstätten die 8 stündige Arbeitszeit aus ähnlichen Erwägungen eingeführt worden; dort kommt diese Wohlthat ca. 40 000 Arbeitern zu gute.

In der Diskussion erklärten sich die meisten Redner mit dem Vorgehen der Arbeitervertreter und deren Antrag einverstanden.

Nur einige besonders Vorsichtige wünschten zwar dasselbe, bezweifelten aber, daß bei dem hier ausgedachten Akkordsystem die Mängel der erzwungenen Arbeit beseitigt werden würden. Es müßte gleichzeitig auf Abschaffung der Akkordarbeit gedrungen werden. Außerdem müßte mit der vorgeschlagenen Maßregel auch eine Erhöhung des Stundenlohnes gefordert werden; bei den niedrigen Durchschnittslöhnen könnten die meisten ihre Familie nicht mehr ernähren, wenn ihnen der Verdienst einer Stunde täglich oder noch mehr entgehen würde. Letzteres ist übrigens ein interessantes Eingeständnis von einer Seite, welche bis dahin die Arbeiterfürsorge des Militärstaats bis über den grünen Bogen gelobt hat. Nach einem Schlusswort des Referenten, in welchem derselbe auf den egoistischen Standpunkt der zuletzt erwähnten Redner und auf das Solidaritätsgefühl der modernen Arbeiterschaft hinwies, nahm die Versammlung eine einstimmige Resolution an.

Neuerdings tritt hier unter der Arbeiterschaft das Gerücht, daß im Kriegsministerium und bei den hiesigen Direktionen lebhaft Verhandlungen gepflogen werden und ihrem Abschluß entgegengehen, nach welchen die Einführung des 8 stündigen Arbeitstages in den hiesigen Waffenfabriken nahe bevorsteht.

Freie Vereinigung der Graveurs, Eisen- etc. Fleischer, den 11. Juni, abends 8 Uhr, Crantzenstr. 81: Versammlung. Tagesordnung: Wie erweitert wir die Tätigkeit und den Arbeitsnachweis. **Nationale kaufmännische Frauen- und Arbeitervereine.** (S. S. 71.) Bureau: O. Holzmüller, 67. Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant Schiller, Neue Gröbenstr. 38: Vorstand-Sitzung und Aufnahme neuer Mitglieder. **Arbeiter-Bildungsschule.** Dienstag Abend von 7-8 Uhr: Lesung 8-10 Uhr: Nordische. **Militär- und Arbeitervereine.** (S. S. 71.) Die Krankeiten der Arbeiter mit besonderer Berücksichtigung der Berufskrankheiten. **Schüler- und Arbeitervereine.** (S. S. 71.) Bei allen Unterrichtsstunden werden neue Teilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Vermischtes.

Die Untersuchung des Handelsamtes über das „Elbe“-Unglück wurde am Montag, wie aus London berichtet wird, wieder aufgenommen. Der Anwalt Alpinelli erklärte, der „Norddeutsche Lloyd“ sei bereit, zwei Zeugen vorzuführen, nämlich den dritten Offizier und den Oberingenieur, außerdem auch den Mann vom Ausguck, sobald derselbe von der Chinarreise zurückgekehrt sein werde. Der Seemann der „Grathie“, Craig, wiederholte seine frühere Aussage, daß er zur Zeit des Zusammenstoßes sich nicht von der Kommandobrücke nach der Kabinenseite begeben hätte. Er habe die grünen Lichter der „Elbe“ 3 oder 4 englische Meilen entfernt bemerkt. Kurz vor dem Zusammenstoß habe die „Elbe“, um einem Fischerboot auszuweichen, nach Steuerbord gedreht. Er fügte hinzu, daß sein Augenlicht gut sei.

In Wien stürzte am Sonnabend in der Bellariastraße ein Exploset-Dampfwagen mit einem Tramwaywagen zusammen, wobei 5 Personen durch Herabspringen von dem letzteren leicht verletzt wurden. Getödtet wurde niemand.

In Laibach erfolgte am Montag 8 Uhr 55 Minuten früh ein starker 4 Sekunden anhaltender Erdstoß mit vibrierender Bewegung. Es herrschte eine allgemeine Panik. Die Bevölkerung verließ die Häuser. Die Fabrikarbeiter stellten die Arbeit ein und der Schulunterricht wurde unterbrochen. Leichte Beschädigungen wurden an verschiedenen Gebäuden konstatirt. Der Erdstoß wurde gleichzeitig in Stein verspürt.

Auch aus anderen Orten liegen Meldungen über Erdstöße vor. So fand in Triest am Montag Morgen gegen 8 Uhr ein leichtes Erdbeben statt. Eine gleiche Meldung liegt aus Gradiska vor. In Bologna wurde früh 2 Uhr 50 Min. ein leichter Erdstoß verspürt, in Verona ein sehr starker.

Meldungen über Unwetter und Vollenbrüche liegen auch heute in erheblicher Fülle vor. Wir registriren die wichtigsten Berichte:

Salzburg, 10. Juni. Bei einem Vollenbruch in Glanegg wurden am Sonnabend zwei erwachsene Mädchen von der Flut weggerissen und ertranken.

Wiener Neustadt, 10. Juni. Bei den am 5. und 6. d. M. über die Gemeinden Schwarzenbach, Schlatten und Hochwollersdorf niedergegangenen Vollenbrüchen wurden Häuser, Straßen und Brücken weggerissen. In Schwarzenbach sind 16 Häuser zerstört, 12 Menschen sind ums Leben gekommen, viel Vieh ging verloren. Felder und Wiesen sind durch Schlamm und Geröll auf Jahre hinaus verdorben. Die ohnedies armen Gebirgsgemeinden sind in schwere Nothlage gerathen. Der Schaden in Schwarzenbach wird auf 450 000, in Hochwollersdorf auf 80 000, und in Schlatten auf 90 000 Gulden geschätzt. Militär ist zur Hilfeleistung entsendet. Eine Aktion wegen Steuernachlass und Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung wurde eingeleitet.

Zemessvar, 9. Juni. Ein heftiger Vollenbruch hat gestern auch die hiesige Umgegend heimgesucht. Während eines zugleich niedergegangenen Gewitters fuhr ein Blitz in eine beim Bau einer Bahn beschäftigte Arbeiterkolonne, wobei ein Baupoller getödtet wurde. Drei Ingenieure, welche sich in der unmittelbaren Nähe des Unglücklichen befanden, sind unverletzt geblieben.

Oedenburg, 8. Juni. Der Vollenbruch in Koberdorf hat 42 Menschenleben erfordert, 30 Personen werden noch vermisst. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt und die Bewohner dadurch obdachlos geworden, so daß große Noth herrscht.

Belgrad, 9. Juni. Bei dem gestern niedergegangenen Vollenbrüche schlug der Blitz unmittelbar neben dem auf dem Wege nach seinem Landgute in Topischider befindlichen Minister des auswärtigen Bogicevic ein und tödtete einen Mann. Bogicevic wurde leicht an der Stirn berührt, erholte sich jedoch bald. Auch in das Landhaus des Ministers fuhr ein Blitzschlag nieder und beschädigte das Gemäuer.

Rom, 9. Juni. In der Provinz Recco wurden gestern Abend große Strecken des Gebietes von Molola durch einen furchtbaren Cyclon verwüstet. Der angerichtete Schaden wird auf eine Million Lire geschätzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Aus Mährisch-Odra wird vom Sonntag berichtet: Heute früh fand im Karviner Grubenrevier eine Explosion schlagender Wetter statt, durch welche ein Arbeiter schwer und drei leichter verletzt wurden; einige Arbeiter erlitten Kontusionen. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Ein großes Schandensünder hat Freitag in der Gemeinde Mereny (Ungarn) 320 Häuser eingeäschert, mehrere Personen sind in den Flammen umgekommen. Es herrscht großes Elend unter der Bevölkerung.

Wir stiftlichen Europäer entstehen und über die Immoralität der Muhammedaner. Die Muhammedaner aber, die nach Europa kommen, entstehen sich über die zivilisierte Immoralität, die auf allen Gassen herumläuft und die Frauen der gebildeten und höchsten Stände sich schamlos entblößen läßt. So war neulich der Sohn des Emir von Afghanistan bei einer englischen Gräfin (Tweed-mouth) eingeladen, fand aber die Ladies so — nackt, daß er bat, sich wieder entfernen zu dürfen; und daß er seitdem keine Einladung mehr annimmt, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß es sich nicht um öffentliche Fleischausstellungen handelt. Natürlich wird der leuchtende Muhammedaner von den frommen sittenstrengen Engländerinnen weidlich verspottet. Wir brauchen nicht zu sagen, daß es nur die Weiber der besten Gesellschaft sind, die auf solche Weise ihre körperlichen Reize aller Welt präsentieren — die vornehmste Welt, und natürlich auch die niederste, die Halbwelt und Viertel- und Hundertstel-Welt. Der Drawing Room (Gesellschaftszimmer) und das Bordell unterscheiden sich in dieser Beziehung nur durch den größeren oder geringeren Werth des Schmucks, den die Damen da tragen, wo sie nichts anderes zu zeigen haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 11. Juni.
Berliner Theater. Madame Sans-Gêne.
Neues Theater. Tata-Toto.
Schiller-Theater. Die Neuwahlten.
Ein Diener zweier Herren.
Alexanderplatz-Theater. Maria Magdalena.
National-Theater. Napoleon und seine Frauen oder Eine kaiserliche Gefährtin.
Theater Unter den Linden. Miß Helmi.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Konzert-Parl.
Apollo-Theater. Ein Abenteuer im Harem.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr: Die Neuwahlten. — Ein Diener zweier Herren.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Jop und Schwert.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Neuwahlten. Ein Diener zweier Herren.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Die Hochzeitsreise. Flatterfuch.
Sonntag, abends 8 Uhr: Jop und Schwert.

Reichshallen.

Im prachtvollen Garten (bei ungünstiger Witterung im Saal):
Täglich:
Humoristische Soiree der Nord- und Couplet-Sänger
Hoffmann, Wolff, Führmann, Walde, Gortl, Weg u. Frische.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Reservirter Platz 50 Pf.
Sonntag: Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 80 Pf.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Heute u. folgende Tage, abds. 7 1/2 Uhr:
Napoleon und seine Frauen
oder
Eine kaiserliche Gefährtin.
Großes romantisches Drama in 5 Akten von G. Wills und Hamthorren.
Nationaltheater-Garten:
Großes Konzert
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Durchgegangene Weiber.
Poffe in 5 Akten von Ed. Jakobsohn.
Nanny. Fritz. Penny Schmid.
Fettweiß. Martin Reimer.
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lühnowstraße 111-112
Täglich außer Sonnabends
Garten resp. Saal:
Soiree der altbeliebten
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Für die Wochenbille Vorverkauf 40 Pf., Familienbille 30 Pf. (siehe Plakate).
Stets wechselndes Programm!
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Nach der Soiree: **Lanzfranzögen.**
Für Vereine und Versammlungen:
Saal für 100 Personen und Vereinszimmer vom 15. Juni ab zu vergeben. Walbertstraße 51, Hof, Quergebäude, im Handwerkerverein der Luisenstadt.
1493b

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Kaufmann's Varieté.

Königsstr., Kolonnenaden.
Commerzbühne.
(Bei ungünstigem Wetter im Theateraal).
Täglich:
Humoristischer Abend
des
Neumann-Bliemchen's
Leipziger Sängers.
Neumann, Wilh. Wolff, Horvath, Sippner, Lomke, Feldow und Ledermann.
Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Neu! Der Neu!
(La Puce.)
Poffe von Wilh. Wolff.
Et is zum pfeifen; .

Passage-Panopticum.

Täglich:
Rettung
aus
Feuersgefahr
durch die
Feuerwehr
Destillation, volle Konzeption, lebhaftes Gerede, zu verkaufen. Näheres Krautstr. 2. 1553b

Volksgarten

(ehem. Weimann's Volksgarten)
Gesundbrunnen. Badstr. 50.
Direktion: Max Samst.
Dienstag und Mittwoch:
Auftreten der
Original-Texas-Cowboy-Troupe.
Eigene aus dem wilden Westen Nord-Amerika's.
Die besten Reiter und Laffowerker der Prairie mit ihren wilden Pferden Backing Bronchos.
Auftreten der Cowboy-Troupe um 9 Uhr bei elektrischer Beleuchtung.
Vor und nach dem Auftreten der Cowboy-Troupe:
Concert, Spezialitäten - u. Theater-Vorstellung.
Entree 30 Pf. Reservirter Platz 50 Pf.
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Sie geht los, die Badezeit!

Volks-Badeanstalt
Rixdorf, Canner Chaussee.
Der Unterzeichnete empfiehlt den geehrten Einwohnern von Rixdorf und Umgegend seine renovirte Badeanstalt für Herren und Damen mit Schwimmbassin. Man kann billig abonniren, auch werden Schwimmschüler angenommen. Schöner Aufenthalt im schattigen Garten. Vier Regelmäßigen, Schiebende, Krasseffert und Schaufel stehen zur Verfügung.
Jeden Sonntag im Garten:
Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung
von renommirten Künstlern.
Im Saale: **Großer Ball.**
Auch können Familien Kasse lochen. Mein Lokal steht den geehrten Jungfrauen sowie den Vereinen unentgeltlich zur Verfügung. 2560L.
Hochachtungsvoll
A. Stolzenburg.
Castan's Panoptikum.
Das Bärenweib.
Ein Flug durch die Luft!
Bestrafte weibliche Eitelkeit.

Friedrich-Wilhelmstädtischer Concert-Park

25/26 Chausseestraße 25/26.
Sensations-Nummer!
Pikante Gallerie.
Modell-Schönheiten.
Feenhafte Tableaux.
Riesen-Programm
30 Nummern
der Berliner Favorit
Blum, Schwächer.
Chansonetten-
Soubretten-
Sängerinnen-
Revue.
Mittwoch:
Die pikante Französin
Ulla Diva.

W. Noack's Sommer-Theater,

Grünenstr. 16.
Täglich:
Concert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Die goldene Insel.
Ausstattungs-Operette v. Anton Arno.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag
Im Saale: **Grossor Ball.**

Altien-Brauerei Friedrichshain

(Königsthor).
Heute Dienstag:
Grosses Militär-Frei-Konzert.
Frei, unentgeltlich.
Die am 3. d. M. im Lokale des Herrn Klingenberg gegen Herrn Maciejewski ausgeführten Verleumdungen nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. 1553b
S. Meyer.

Donnerstag, den 13. Juni 1895:
Gr. Volksversammlung
im Lokale von **Keller, Koppenstr. 29,**
zu gunsten der **Arbeiter-Bildungsschule.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin **Klara Zetkin** über: „Was haben die römischen Frauen für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gethan?“ 2. Diskussion. 68/18
Die Versammlung am Dienstag mußte deshalb auf Donnerstag verschoben werden, weil die Referentin nicht zugegen sein konnte. Die Genossinnen und Genossen werden daher ersucht, am obigen Tage zahlreich zu erscheinen.
Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den **5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
Versammlung

Dienstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Snoker, Grenadierstraße 38.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Otto Näther** über: „Die Pläne der Reaktion“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den **6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
Versammlungen

am **Dienstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr,**
für **Moabit, Perlebergerstr. 13 im Viktoria-Salon.**
Tages-Ordnung:
Die Lage der arbeitenden Klassen. Referent: Genosse **Dr. Bontler.**
Vereinsangelegenheiten. Fragelasten.
Schönhauser Vorstadt, Schneider's Salon, Belforterstr. 15.
Tages-Ordnung:
Deutsche Zustände zur Zeit der französischen Revolution. Ref.: Schriftsteller **J. Schnitz.** Vereinsangelegenheiten. Fragelasten.
3/3/17
Der Vorstand.

Gewerbegerichts-Beisitzer!
Versammlung der Arbeitnehmer
am **Mittwoch, 12. Juni, abends 1/2 9 Uhr, Konigsstädtischen Konzerthaus,**
Alte Jakobstr. 97.
Tages-Ordnung:
Lohnschwindler und gelehrte Gerichte — unter besonderer Berücksichtigung der Praxis des Gewerbegerichts und des hiesigen Landgerichts gegenüber Lohnschwindlern und gegenüber Unzufriedenheiten (Bauern, Bauanschlägern u. s. w.) Referent Genosse **Arthur Stadthagen.** 189/1
Es wird dringend gebeten, daß jeder der Bessher erscheint.
J. A.: **Alwin Körsten, Staligerstr. 63-64.**

Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen.
Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Lokale des Herrn **Schneider, Annenstraße 16.**
Tages-Ordnung:
1. Statutenänderung. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.
An dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt. 1549b
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dt.-Wilmerdorf.
Öffentliche
Versammlung für Frauen und Männer
Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 Uhr, in Altingen's Volksgarten.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Naturheilkundigen Herrn **Otto Grundmann** über: Naturheilkunde und Medizinheilkunde. Was ist Krankheit? Wie entstehen Krankheiten und wie heilen wir Krankheiten ohne Arznei, z. B. Magen- und Darmleiden? 54/10
2. Diskussion sowie Beantwortung von Fragen durch den Referenten.
Eintrittsgeld nicht erhoben. J. A.: **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Vertrauensmänner-Versammlung für Ost- und Nord-Ost
Donnerstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Gold,
Große Frankfurterstraße 133.
Tages-Ordnung: Arbeits- und Lohnverhältnisse der verschiedenen Werkstellen.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich durch Vertrauensmänner sich vertreten zu lassen. Die Versammlung wird punkt 8 1/2 Uhr eröffnet.
212/7
Die Ortsverwaltung.

Ausstellung Italien in Berlin.
Donnerstag, den 13. Juni: Erster grosser Elitetag.
Program: I. **Maestro Gatti's Bersagliere-Orchester.** II. Concert der Kapelle des Garde-Rusaren-Regiments aus Potsdam, unter Leitung des Stadtmusikpeters Herrn **Hamm.** III. Auftreten des Chors des teatro Modramatico aus Mailand unter Leitung des **Maestro Donizetti.** IV. **Maestro Gialdini** mit seinem auf 130 Musiker verstärktem **Symphonie-Orchester.** Erste Aufführung des von **Maestro Gialdini** komponierten Festmarsches „**Eviva Germania!**“ V. Während des ganzen Nachmittags und Abends: Concert der 22 neapolitanischen Gesang- und Tanztruppen. Auftreten der berühmten **Tarantella-Tänzerinnen** unter Leitung des **Maestro Marcano.** Neu einstudiert: „**Das Fest der Modestinen!**“, komische Ballettpantomime. VI. **Grosse venetianische Preis-Ruder-Regatta** auf dem Canale grande. VII. (Beginn abends 7 Uhr.) VII. Abends von 8-11 Uhr: Große Festvorstellung des teatro americano. Während des ganzen Tages: Vorführung des neu erfundenen **Edison'schen Kinetoscop** und der gewerblichen italienischen Ausstellung (u. a. zu besichtigen: Seidenweberei, Strobflechterei). Abends: Grosser **Gondel-Korso**, Produktionen der neapolitanischen Perlenfischer. Grände Illusion „**Astarte!**“. Volksgenossen aus dem italienischen Leben.
Entree 1 Mark.
Heute: Große Vorstellung. **Gialdini-Symphonie-Concert** sowie Auftreten sämtlicher italienischer Künstlertruppen. Die italienische Gewerbe-Ausstellung ist bis 12 Uhr abends geöffnet. **Entree 50 Pf.**

Unserm Freund und Kollegen
Richard Wünte
zu seinem 80. Geburtstag die besten
Glückwünsche.
P. M. M. Sch. M. S.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann **Emil Dürre**, Restaurateur, Stendalerstr. 6, am 9. Juni nach viermonatlichem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Johannis-Kirchhofs in Pläthensee aus statt.
Die trauernde Witwe
E. Dürre. 1558b

Allen Genossen die traurige Nachricht, daß meine Frau **Auguste Hecke**, geb. Opitz, am 9. Juni plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs am 11. nachm. 4 Uhr, statt. Der trauernde Gatte
Gottlieb Hecke. 1557b

Todes-Anzeige.
Heute früh 5 Uhr verschied plötzlich am Gehirnschlag mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Vater, Bruder und Schwager, der Restaurateur **Heinrich Kraft** Admiralsstr. 26, im 47. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an Frau **Maria Kraft**, geb. Peters, nebst Kindern.
Berlin, den 9. Juni 1895.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobskirchhofs (Hermannstr.) aus statt. 1547b

Taufzusage. 1554b
Für die Beilegung und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters seitens der Freunde, Bekannten und Kollegen, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Ww. Wollenberg nebst Kindern.

Unterzeichneter, der eigene Betten sowie einige Möbel für ein kleines Zimmer besitzt, wünscht bei einem in der Invaliden-, Garten-, Berg- oder Adelsstraße wohnenden Genossen vom 1. Juli d. J. ab unter bill. Beding. in Wohnung und Kost u. z. zu treten. Gefäll. Off. mit Preisangabe werden baldigst erbeten. 1508b
J. Ed. Behmer,
Hufschmiedestr. 53, 4. Tr. links.

Aus Anlaß meiner 25jährigen Thätigkeit in der Firma **M. Proben u. Sohn** (Stralau) sind mir von seiten meiner Herren Chefs, der Herren Buchhalter, sowie von meinen Kollegen große Ehrenbezeugungen in Wort und That zu Theil geworden. Es ist mir unmöglich, einem jeden der Herren persönlich meinen herzlichsten Dank abzugeben. Ich thue es hierdurch mit der Bitte, ihn gütigst annehmen zu wollen.
Berlin, 8. Juni 1895.
H. Richard. 1551d

Die Beileidigung gegen Frau **Sätle** nehme ich zurück. 1502b
Frau **Sering, Freischstraße 17.**

Blumenhandlung
P. Abromelt, Glückerstraße 69,
Berlin SW. 55472
Kranke, Bouquets, Topfgewächse, Geirlanden u. s. w.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Kranzbinderei u. Blumenhdlg.
Robert Meyer,
Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten. 292/11

Arbeitsanträge
W. Pahr,
Brandenburgerstr. 112.

Unerreicht billig!!!
Gardinen
und Stores in weiß und crème, engl. Füll, Schweizer und Spachtel
von **1 M. 25 Pf. an.**
Otto Büchler, Berlin C.,
Königstr. 26, Klosterstr. Ecke

Aufforderung.
Bitte dringend den Herrn pp. wer mir am 17./8. 95 Ab. zwischen 7-9 Uhr, Lohringerstr. 19, in dem Schanklokal von Davenport zur Seite stand, um seine werthe Adresse, und bitte ihn, mir auch als Zeuge zur Seite stehen zu wollen. Können u. erhalte gern zurück. Unannehmlichkeiten stehen keinesfalls bevor. Näh. Krausenstr. 45 bei Replikatour **Schulz.** 1558b

Alexanderplatz-Theater
Alexanderstr. 40.

Heute, Dienstag, den 11. Juni 1895:
Ensemble-Gaßspiel unter Leitung von Julius Türk.
Mitwirkende: **Alaya Drucker** (Festung-Theater), **Agnes Werner** (Schiller-Theater), **Alandius Merien** (Festung-Theater), **Schmidt-Häfler** (Deutsches Volkstheater in München), **Oskar Wagner** (Berliner Theater), **Julius Wessels** (Deutsches Theater).

Maria Magdalene.

Ein bürgerliches Trauerspiel in drei Akten von **Fr. Hebbel.**
Anfang abends 8 Uhr.

Gillets à 60 Pf. vorher in den Zahlstellen der „Freien Volksbühne“.
Norden: Ernst Boyer, Zigarren-Handlung, Veteranenstraße 13; H. Mehnert, Zigarren-Handlung, Liebenhofenstraße 8; M. Winkelmann, Zigarren-Handlung, Adersstr. 154; Emil Blocke, Restaurateur, Lohringerstraße 67; A. Hünze, Zigarren-Handlung, Panitzstr. 14a; Hermann Vogel, Zigarren-Handlung, Demminstr. 62. **Nordosten:** Franz Niemeyer, Zigarren-Handlung, Weberstraße 19; H. Mamlock (fr. Gumpel), Zigarren-Handlung, Barnimstraße 42. **Osten:** F. Wilke, Restaurateur, Andreasstr. 28; Max Kolbe, Zigarren-Handlung, Koppenstr. 90; E. Böhl, Restaurateur, Frankfurter Allee 74. **Südosten:** E. Arndt, Zigarren-Handlung, Staligerstraße 107; G. Böhlert, Zigarren-Handlung, Mariannenstr. 5; L. Tolksdorf, Gastwirth, Sorauerstr. 17; G. Hlob, Zigarren-Handlung, Köpnickstr. 39a; C. Koch, Zigarren-Handlung, Paderstr. 53. **Süden:** J. Gädick, Zigarren-Handlung, Gräferstr. 93; G. Schulz, Zigarren-Handlung, Admiralsstr. 40a; W. Börsner, Zigarren-Handlung, Ritterstr. 15; H. Baake, Buchhandlung, City-Passage, Dresdenerstraße 52/53. **Südwesten:** A. Ochs, Zigarren-Handlung, Lindenstr. 59; J. Windthorst, Zigarren-Handlung, Junferstr. 1; Albert Böttger, Zigarren-Handlung, Joffenerstr. 21. **Westen:** A. Paller, Restaurateur, Pallasstr. 10; C. Behrend, Restaurateur, Blumenthalstr. 5. **Nordwesten (M o a b i t):** W. Reddemann, Preigwalderstraße 3. **Centrum:** Albert Löwenberg, Zigarren-Handlung, Neue Schönhauserstr. 18; P. Horsch, Zigarren-Handlung, Gipsstr. 5; Bruno Scheithauer, Rustalien-Handlung, Rosenthalerstr. 64; H. Jertz, Gr. Frankfurterstr. 132.

Schweizer-Garten
Am Rönigsthor. Haltestelle der Ringbahn. — Am Friedrichshain.

Täglich:
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten der Geschw. **Valloni**, Gesangsduettisten. **Mila Germaner**, Bravoursängerin. **Ewo Forlans**, Kuchlabs u. Grottesco. **Müsch, Mäge u. Wuttke**, sächs. Komiker-Trio. **Mr. Ganelo**, kom. Intermezzo am dreifachen Red. **Schulte** und **Ferner**, Humoristen. **Gebr. Gray**, Grottesco-duettisten. **Lebende Bilder** der Gesellschaft **Renand** (8 Personen).
Theater-Vorstellung des 16 Personen starken Theater-Ensembles.
Vollbesetzungen. **Pall.**
Anfang 5 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.
Entree 30 Pf.

Nur für Damen.
Nach beendeteter Saison werden (einseln) verkauft: Jacke, sonst 15-20, jetzt 4-8, Krage, Capes, Sammet, Seide, Stoffe sonst 15-30, jetzt 2-15, Regenmäntel 5-15, Kindermäntel, Kinderjacken von 2 M. an im **Eugros-geschäft Landsbergerstr. 59, eine Treppe.** 50/9*

Spezialität für Bauhandwerker,
Zimmerer, Tischler, Schlosser, Schmiede, Klempner.
W. Allner, Malackstr. 24, Ecke Gormannstraße.

Werkzeuge.
Jubiläums- 25 Ausgabe.

Sieben erschien die fünfundzwanzigste Auflage von
August Bebel:
Die Frau und der Sozialismus.
Seit-Ausgabe. Komplet in 10 Heften à 20 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Kolporteurs.

Arbeitsmarkt.
Achtung!

Zimmerer Berlins!
Wegen Lohnzahlungs-Mißständen haben sämtliche Zimmerer der Firma **Geiz u. Wendert** (Rixdorf) die Arbeit niedergelegt. Ueber die betreffende Firma ist die Sperre verhängt. Der Bau in der Hasenheide **W. Ganschow**, vis-à-vis der Neuen Welt, wird abgebrochen auf dem Holzplatz von Kasian u. Jörn.
292/11
Sämtliche Kameraden werden ersucht, im Interesse ihrer selbst, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, ihre Arbeitskraft unentgeltlich hinzugeben, die Arbeit dort zu meiden.
Der Vertrauensmann
der Zimmerer Berlins u. Umgeg.

Plätterinnen 1527b
auf Steb- u. Unterlegungen beschäftigt dauernd **Felix Karpe**, Blumenstr. 70.

Homöopathie und Naturheil-
methode. 1550b
Gute Krankenbehandlung.
D. Schnitz, Paderstr. 10 I.

Verheirath. Leute, die im Besitz von 150 bis 200 M. sind, wird
sicherer Broterwerb
nachgewiesen durch
L. Freytag, Müllerstr. 34. 88/20

F. Nagel's
Sommer-Theater
Schwedterstr. 23/24.
Jeden Dienstag und Freitag:
Hamburger Sänger
beliebteste Gesellschaft (8 Personen).
Anf. 8 Uhr. Näheres die Anschlagtafeln.
NB. Saal u. Garten (1200 Pers.), kleine u. gr. Vereinszimmer noch zu vergeben.

Kinderwagen
Puppen-, Holz- und Sportwagen
nur am billigsten
Fabrik:
Oranienstr. 65,
161 I, a. Moripl.
«Verzinsung gestattet»
Frdl. Mädel Schlafst. billig z. verm.
Reichenbergerstr. 10, v. 4 Tr. b. Ww. Gauerndorf.

